Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58 60, II. zu senden.

Nr. 1. Sonntag, den 5. Januar. 1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Die Redaktion.

Zur Beachtung!

Das **Bureau des Vorstandes des Deutschen Tabakarbeiterverbandes** befindet sich von heute ab nicht mehr Marktstraße 18, II., sondern **Faulenstraße 58/60, II.,** Zimmer 6.

Alle Zuschriften an den unterzeichneten Vorstand adressiere man deshalb von jetzt an

Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
Bremen
Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus)
Zimmer 6.

Bremen. **Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.**

Das neue Kampfjahr!

Aus dem Englischen des W. Morris.

Was bedeutet dies Getöse, das in aller Ohr erklingt,
Gleich dem Wind in den Tälern, der Gewitterstürme bringt,
Gleich des Meeres dumpfem Brausen, dessen Groll die Nacht verschlingt?
's ist das Volk, es wachet auf.

Qual und Jammer zu entfliehen, strebt es zur Glückseligkeit,
Jeder Winkel ist ihm Heimat auf der Erde weit und breit.
Wollt ihr's knechten und entrechten, eilt, zu nutzen noch die Zeit.
Denn das Ende naht heran.

Seine Hand baut eure Häuser, webt eu'r Linnen, schafft eu'r Brot,
Bettet euch auf weichem Pfühle, bannt von eurem Herd die Not.
All' dies wirkt es, heut' und immer, Sklave eurer Macht Gebot,
Bis es endlich jetzt erwacht.

Manch Jahrhundert trug's die Frone, stumm, geduldig, taub und blind;
Nichts entriß es seinen Sorgen, ein in Schlaf gelulltes Kind.
Da auf einmal jetzt erwacht ist's, seinen Schrei beschwingt der Wind
Und es fordert seinen Teil.

Vorwärts zieh'n wir, Proletarier! Wißt! Was machtvoll näher klingt,
Ist des Freiheitskampfes Weckruf, der die ganze Welt durchdringt.
Vorwärts: Für der Menschheit Hoffen hoch des Geistes Banner schwingt!
Bis das Volk erlöset!

Zum neuen Jahr.

Gerechte Entrüstung erfüllt die arbeitenden Klassen am Beginn des neuen Jahres. Mit dem Fortschritt der Zeit schreitet auch ihre Not, ihr Jammer, ihr Elend weiter. Die kapitalistische Wirtschaft, die Urheberin alles Proletarierelends, drückt immer mächtiger auf die Arbeiterklasse, die sich dieses Druckes nur durch einen bis auf den letzten Mann sich vollziehenden Zusammenschluß erwehren kann.

Nicht nur die direkte Ausbeutung der Arbeitskraft genügt dem profithungrigen Kapitalismus, durch künstliche Steigerung der Warenpreise kürzt er indirekt die Arbeitslöhne, erschwert dadurch die Existenz der Arbeiter und verelendet die Dürftigkeit ihres Daseins noch mehr. Er spekuliert hierbei auf die unendliche Geduld der arbeitenden Klassen, die freilich leider nur die Folge des Nichtbewußtseins ihrer eignen Kraft ist. Und diese Spekulation ist nicht verfehlt, solange in dumpfer Unwissenheit über die Ursachen ihres Elends viele, viele Arbeiter dahinleben und sich den Bemühungen ihrer fortgeschritteneren Mitarbeiter entziehen, die sie in den Kreis der wissenden, organisierten, gegen die kapitalistische Ausbeutung bewußt und systematisch kämpfenden Arbeiter einbeziehen wollen.

Es hilft den Arbeitern nichts, wenn bei hereinbrechender größerer Not, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen der allgemeine Unwille einmal durchbricht, aber bald wieder erschlafft, wenn die politischen und kapitalistischen Matadoren der bürgerlichen Gesellschaft durch allerhand sozialpolitische Quacksalbereien den Uebelstand beseitigen zu wollen vorgeben. Die Beute ist eingeheimst, und sie wird weiter eingeheimst, wenn das Krisengeschwür oberflächlich verheilt ist. Gegen das unaufhörlich weiterfressende Uebel der kapitalistischen Wirtschaft kann nur der ausdauernde Kampf aller unter ihr Leidenden von Erfolg sein.

Gerecht ist die Entrüstung, die gegenwärtig über die sich verschlechternden Zustände um sich greift. Die Verschuldung der zunehmenden Depression trifft aber das System der bürgerlichen Wirtschaft. Und insofern die herrschenden Klassen als Verteidiger dieses Systems auftreten, muß sich natürlich die Entrüstung, der Unwille, der Kampf der betroffenen Klassen gegen sie, die Herrschenden richten. Der Klassenkampf ist also die unausbleibliche Folge des Systems.

Das neue Jahr wird Zeuge heftigerer Klassenkämpfe sein, weil mit seinem Beginne traurige Aussichten auf die wirtschaftliche Tätigkeit der menschlichen Gesellschaft verknüpft sind. In Amerika setzte die Krise ein, pflanzte sich nach Europa fort und wird auch hier ungezählte Arbeitskräfte, wie drüben über der „grauen Wasserwüste", brachlegen. Die Schrecknisse der Arbeitslosigkeit nehmen überhand. Das Grauen vor der Zukunft wächst. Verzweiflung erfaßt das arbeitende Volk — Unsicherheit und Gereiztheit gestalten die Situation kritischer.

Ist es ein Wunder, wenn der allgemeine Unwille über die hervorstechendsten Wirkungen einer rücksichtslos ausbeuterischen Wirtschaftspolitik sich ergießt, die das Leben des Volkes beeinträchtigt und ihm seine notwendigsten Lebensbedürfnisse kärglich zumißt? Die Lebensmittelteuerung — Brot, Fleisch, Heizung, Kleidung, ja sogar die Arbeitswerkzeuge sind teurer geworden — ist durch die Zollwucherpolitik künstlich heraufbeschworen worden und wird nicht sobald, und dann kaum merklich weichen.

Zur Teuerung tritt aber, das schlimmere Uebel, die Arbeitslosigkeit. Muß da nicht das Volk mit der größten Besorgnis der nächsten Zukunft, also dem Jahre 1908, entgegengehen?

Nicht genug damit — sind obendrein die gesetzgeberischen Faktoren drauf und dran, neue Lasten und Beschwerden in Gestalt von neuen indirekten Steuern über das arbeitende Volk zu verhängen. Kurz vor Schluß des alten Jahres gingen dem Bundesrat Steuervorlagen zu, die das Spiritusmonopol und die Banderolesteuer für Zigarren einführen wollen, ein Unternehmen, von dem man nicht weiß, wie man es nennen soll, wenn man dem Staatsanwalt keinen Anlaß zur Erhebung einer Beleidigungsklage geben will.

Die Rücksichtslosigkeit dieses Vorgehens der Regierung schafft jedoch Klarheit darüber, wie die Regierung selbst die neue Aera unter der Herrschaft der Blockmehrheit im Reichstag einschätzt. Denn die Einbringung dieser Vorlagen ist eine Brüskierung der Block-Linken, also der freisinnigen Parteien, die sich bereits gegen die Vorlagen ausgesprochen haben, denen aber trotzdem zugemutet wird, sie zu bewilligen. Zieht man in Betracht, daß speziell **die Zigarrenbanderolesteuer Zehntausende von Arbeitern brotlos machen muß,** dann muß diese gewalttätig herbeigeführte Brotlosmachung in der Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit infolge der allgemeinen Krise so viel böses Blut unter der Arbeiterschaft machen, daß man fast vor einem Rätsel steht, wie die Regierung einen so verderbenschwangeren Schritt wagen kann.

Die hohlen Phrasen über Arbeiterfreundlichkeit der Regierung müssen verstummen vor der Tatsache, daß die Regierung mit ihren Steuervorlagen die Krisis künstlich verschärft und einer Industrie die ruinierende Banderolesteuer auferlegen will, in der nach amtlichem Ausweis jetzt schon die schlechtesten Löhne in Deutschland gezahlt und in der zirka 200 000 Menschen beschäftigt werden. Das ist ein Streich, durch den die Regierung den Kämpfen im neuen Jahre die Signatur gibt; sie lautet:

Gegen das Volk!

Soll man angesichts dieser Dinge das arbeitende Volk zur Geduld und Ergebenheit mahnen? Das wäre geradezu ein Verbrechen. Wo so die herrschenden Mächte seine Wohlfahrt schädigen, muß jeder wahre Freund des Volkes aufrufen zum unnachsichtlichen Kampfe gegen diese volksbedrohende Politik.

Das vorige Jahr begann mit den Wahlen zum Reichstag. Da wurden dem Volke freiheitliche Politik, sowie gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung seiner Lage versprochen. Wo sind die Taten, die den gleißenden Worten folgen sollten, geblieben? Im verflossenen Jahre hat sich die Unfruchtbarkeit der Tätigkeit der bei den Wahlen mit allen Mitteln errungenen Blockmehrheit gezeigt, und im neuen Jahre soll die Blockmehrheit das Volk schärfer peinigen und ausbeuten. Wahrlich, das muß Blinden die Augen öffnen, die freilich im Anblick der neuen Qualen vor Grauen und Wehe aufs neue erblinden können.

So treten wir mit tieferem Groll im Herzen ins neue Jahr. Nur ein heißer Wunsch beseelt uns: Möge das arbeitende Volk seine Lage, aber auch seine Kraft erkennen lernen, damit es auf dem von seinen besten Vorkämpfern bezeichneten Wege, der zur endlichen Befreiung der arbeitenden Klassen von kapitalistischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung führt, rüstig vorwärts schreiten!

Die Erdrosselungssteuer.

Noch im alten Jahre ist den Bundesratsmitgliedern die Vorlage einer Zigarrenbanderolesteuer zugegangen. Die offiziöse Ankündigung dieser Tatsache treibt das unehrliche Versteckenspiel mit dieser Vorlage weiter. Aber es ist zu dumm, wie die Offiziösen die Zigarrenindustrie über den Löffel barbieren wollen. Hieß es früher, die Regierung trage sich mit der Absicht, nur die besseren Zigarrensorten mit einer Steuer zu belasten, so heißt es jetzt, trotzdem die Vorlage die Banderolesteuer fordert: Es scheine, als ob die Regierung gewillt sei, diese Vorlage zugunsten einer Steuer auf bessere Sorten, **die finanziell ergiebiger sein würde,** zurückzuziehen.

Das ist der größte Blödsinn. Unwillkürlich reizt diese einfältige Verschleierung der Dinge zum Lachen. Daß eine Steuer auf bessere Zigarrensorten nur dann finanziell ergiebiger sein würde, wenn sie eine ungeheuerliche Höhe des Betrags hätte, so hoch, daß sie gar nicht durchführbar wäre, scheint diesen Finanzweisen nicht einzuleuchten. Und wenn erst bekannt sein wird, daß die Banderolesteuer auf Zigarren 30—40 Millionen Mark bringen soll, dann wird erst die Lächerlichkeit derartiger Vertuschungsnachrichten scharf hervortreten.

Es handelt sich aber für die Regierung nicht nur um höhere Steuererträge aus dem Tabak, sondern sie will mit der Banderolesteuer den Uebergang zum Tabakmonopol erwirken.

Wem das nicht glaubhaft erscheint, den möchten wir mit der Nase auf die Vorlage drücken, die das Spiritusmonopol verlangt. Vor mehreren Jahren hätte niemand geglaubt, daß die Regierung eine derartige Vorlage dem Reichstag zu unterbreiten wagen würde, weil der Monopolgedanke im Reichstag sowohl, wie im Volke heftig bekämpft wurde. Kein Zweifel, daß Staatsmonopole das Bewilligungsrecht des Reichstags, also sein wirksamstes Recht, einschränken. Und es ist charakteristisch, daß die Regierung gerade dem Blockreichstag resp. den freisinnigen Monopolgegnern zumutet, den Parlamentarismus noch ohnmächtiger machen zu helfen, als er es schon ist. Aber kurz und gut — das Branntweinmonopol scheint der Regierung reif zu sein, sie fühlt sich am Ziele und schreitet unverdrossen in dieser Richtung weiter.

Das nächste ist das Tabakmonopol, die Banderolesteuer auf Zigarren ist die unverfrorenste Vorbereitung dazu, denn sie dezimiert die kleinen und mittleren Betriebe, steuert also auf die Erleichterung der Ablösung richtiger Expropriation der Privatindustrie durch den Staat hin.

In des Wortes wahrster Bedeutung ist also die Banderolesteuer eine Erdrosselungssteuer. Sobald die Einzelheiten der Vorlage bekannt werden, wird dies sicherlich bestätigt.

Warum hält man die Vorlage geheim? Die Regierung befürchtet wohl einen zu frühen Aufstand der Tabakindustrie? O, es ist allerorts mobil gemacht, der Sturm gegen die Vorlage hat schon begonnen und wird nunmehr zur rechten Zeit mit den wirksamsten Kräften gegen sie verstärkt werden.

Jetzt müssen alle Beteiligte der Tabakindustrie auf den Plan treten; jetzt hilft kein Jammern mehr über die bedrohte Existenz; jetzt heißt es kämpfen um sie. Jetzt müssen alle Reichstagsabgeordnete, besonders die in tabakindustriellen Wahlkreisen gewählten Abgeordneten Farbe bekennen. Und vor allem den freisinnigen Abgeordneten

muß von ihren Wählern eingetränkt werden, daß sie wortbrüchig und volksverräterisch handeln, wenn sie einer Mehrbelastung des Tabaks zustimmen.

Also vorwärts, zu unablässiger Agitation gegen das neue Attentat auf den Tabak! Dieser Ruf gilt allen Interessenten und Arbeitern der Tabakindustrie und ihrer Nebenzweige.

Die Frauen und der Reichsvereins-Gesetzentwurf.

Die erste Lesung des Entwurfs hat uns die neuvereinigten Blockgenossen bei „positiver" Arbeit gezeigt. Sie schwelgen in eitel Entzücken ob der „Schönheit" des Erstlings aus der konservativ-liberalen Ehe. Die Konservativen finden den Sprößling eigentlich zu schön. Die Nationalliberalen sind's zufrieden und die Linksliberalen sind empört, daß ihr zärtlich geliebtes Kind von unsern Vertretern ein Wechselbalg genannt wird. Sie vermeinen, höchstens hier und da kleine Schönheitsfehler entdecken zu können, die durch unbedeutende Operationen zu beseitigen seien; im übrigen sei dies Kind ein würdiger Sprößling seiner Eltern, des reichsdeutschen, neugeleimten Blocks. Der letzteren Ansicht stimmen wir vollkommen zu, von der Blockpolitik haben wir nie etwas Freiheitliches erwartet. Sehen wir nun, was der Entwurf den Frauen bringt und wie sie sich deshalb dazu stellen müssen. Unter der reaktionären Fassung und Handhabung unsrer buntscheckigen Vereins- und Versammlungsgesetze haben zweifellos am meisten die Frauen zu leiden gehabt. Erklärlich genug. All jene Bestimmungen, die der Polizeiherrschaft und -willkür den weitesten Betätigungsraum sichern, gelten für Männer und Frauen in gleicher Weise. Für die Frauen kommen außerdem noch die extra gegen sie gerichteten Ausnahmebestimmungen hinzu, wie sie z. B. in Preußen, Bayern, Braunschweig usw. existieren, wonach in Preußen und Bayern die Frauen nicht Mitglieder politischer Vereine werden und auch nicht an politischen Vereinsversammlungen sich beteiligen dürfen, während sie in Braunschweig nicht teilnehmen dürfen an Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen und in Reuß j. L. ihnen sogar jede Beteiligung an einer öffentlichen Versammlung untersagt ist.

Zu dieser erzreaktionären Fassung kam dann noch die noch reaktionärere Auslegung und Handhabung der Gesetze. Das Material türmt sich bergehoch, welches hiervon Zeugnis ablegt. Es sei hier nur an eins erinnert; als durch den bekannten Segment-Erlaß des verstorbenen Polizeiministers v. Hammerstein den Frauen in Preußen ein klein wenig mehr Ellenbogenfreiheit eingeräumt war, da wurde dieses geringe Mehr an Freiheit von Ministers Gnaden in der Praxis zu einer Einschränkung des gesetzlich garantierten Versammlungsrechts. Unterschiedliche Polizeihirne begriffen nämlich nicht, daß es ein gewaltiger Unterschied ist zwischen einer politischen Vereins- und einer Volksversammlung. In der Folge wandten sie deshalb die Segmentbestimmungen auf alle Versammlungen an, schränkten damit das bißchen Versammlungsfreiheit der Frauen noch mehr ein, oder, wenn man sich ihren Anordnungen, weil sie ungesetzlich, nicht fügen wollte, erfolgte die Auflösung. Ganz zu schweigen von jenen Auflösungen der Versammlungen und Vereinigungen, die erfolgten, weil die Polizei unter dem Begriff „Politik" alles Mögliche und Unmögliche zusammenfaßte. Der Reichsvereinsgesetzentwurf räumt nun vollständig auf mit jenen Ausnahmebestimmungen, wie sie in den einzelnen Bundesstaaten gegenüber den Frauen und gegenüber den Minderjährigen bestehen. Diese Bestimmungen, sowie jene, daß das Einreichen der Mitgliederlisten bei den Behörden in Wegfall kommen soll, bedeuten gewiß einen Fortschritt, aber auch den einzigsten in dem Entwurf. Würden unsre Genossinnen sich nur von frauenrechtlerischen Erwägungen leiten lassen, so würden sie, froh, daß „ihnen die erste Frucht der Blockpolitik in den Schoß gefallen", sich für den Entwurf aussprechen. Unsre Genossinnen haben sich bei der Entscheidung über politische Fragen jedoch niemals allein, oder in erster Linie als Angehörige des weiblichen Geschlechts, sondern als Angehörige ihrer Klasse gefühlt und dementsprechend gehandelt. Sie werden sich deshalb auch jetzt nicht einen Moment irre machen lassen und von ihrem bisherigen Standpunkte abweichen: Ganzes Recht zu fordern und sich nicht zu begnügen mit einem Quentchen Reform, welches ohnehin mehr denn aufgewogen wird von Verböserungen schlimmster Art. Als Klassenkämpferinnen werden unsre Genossinnen im gemeinsamen Kampfe, an der Seite ihrer männlichen Klassengenossen, mit Leidenschaft und Energie um die Beseitigung jener Bestimmungen ringen, welche die Polizeiherrschaft erhalten, erweitern und fester fundieren sollen.

Indem sie so das Interesse ihrer Klasse vertreten, ihr Bestes einsetzen, um zu erreichen, daß wir wenigstens im Vereins- und Versammlungsleben uns als Staatsbürger und nicht als Untertanen betätigen können, vertreten sie auch gleichzeitig am besten und wirksamsten ihr spezielles Fraueninteresse. Denn ohne Zweifel würden sie, so wie sie in der Vergangenheit am schlimmsten unter der Polizeiherrschaft, der Willkür und den Schikanen „schneidiger" Beamten, „den kleinen Gesichtspunkten, die aus dem alten kleinen Polizeistaat mit in unsre Zeit hinübergenommen sind" (Posadowsky), zu leiden hatten, auch in Zukunft nicht verschont bleiben. Denn der Polizeigeist, der den ganzen Entwurf beherrscht, diese Machtfülle, dieses Recht der Bevormundung und Herrschaft, welches er der Polizei im ganzen Reich einräumt, das alles reizt geradezu zu Uebergriffen, just bei Subalternbeamten, die meistens eine sechs- bis zwölfjährige Kasernenerziehung genossen haben und besonders auf die Bekämpfung des „inneren Feindes" gedrillt sind.

Unser grundsätzlicher Standpunkt zur Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts ist gegeben und programmatisch festgelegt, und die praktische Erfahrung hat uns gelehrt, wie richtig derselbe ist. Wenn irgendwo, so gilt es hier, gegenüber dem Bestreben, die Polizeiherrschaft reichsgesetzlich festzulegen, den Grundsatz zu vertreten: Principiis obsta!

Daß wir unsre Genossinnen in den vordersten Reihen der Kämpfenden finden werden, wo es gilt, den § 7 des Entwurfs, dieser Ausnahmebestimmung gegen Fremdsprachige, niederzuzwingen, versteht sich am Rande. Ob diese fremdsprachigen Elemente nun unsre „Landsleute" (Mußpreußen) oder Eingewanderte sind, ist dabei ganz gleichgültig. Ob sie also aus Liebe zur Muttersprache sich gegen die Annahme der deutschen Sprache wehren (Polen, Dänen, Elsaß-Lothringer), oder ob sie als eingewanderte Lohnsklaven, nicht in der Lage waren, deutsch zu lernen, können wir dahingestellt sein lassen. Bei dem Kampfe gegen diese Ausnahmebestimmung leiten uns nicht nur oder in erster Linie völkerrechtliche, sondern vor allem praktische Erwägungen, im Interesse der fremdsprachigen sowohl, als auch im eignen Interesse. Erklärlich genug. Die Solidarität aller Proletarier ist gegeben durch die kapitalistische Produktionsweise und der durch sie geschaffenen Produktionsverhältnisse. Diese Solidarität der Interessen wird leider noch längst nicht von allen Proletarierherzen empfunden, geschweige denn von ihren Köpfen erfaßt und begriffen. Daher die Möglichkeit, daß noch immer zahlreiche Männer und Frauen der Arbeiterschaft gegen ihre eignen Arbeitsschwestern und -brüder im wirtschaftlichen wie im politischen Kampfe ausgespielt, daß selbst Ausländer als Lohndrücker und Streikbrecher nach Deutschland gerufen werden. Diese alle zum Klassenbewußtsein zu erwecken, sie zur Betätigung der Solidarität zu erziehen, ist mithin die vornehmste Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung. Zum Befreiungskampf des Proletariats bedürfen wir eben der Hilfe aller Gedrückten und Ausgebeuteten. Daher war auch der Beschluß des internationalen Stuttgarter Kongresses in der Frage der Emigration viel weniger eine sittliche Forderung, als vielmehr eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit, sie liegt im Interesse des internationalen Proletariats. Unsrer Pflicht auch dem Fremdsprachigen gegenüber zu genügen, würde uns jedoch unmöglich gemacht, wenn der § 7 Gesetz würde. Solange das aber der Fall, werden unsre Genossinnen als Arbeiterfrauen indirekt unter der Schmutzkonkurrenz der unorganisierten Ausländer leiden, als Erwerbstätige direkt. Wir erinnern z. B. nur an die vielen Ausländerinnen in der Textilbranche, dem Baugewerbe, den Ziegeleien usw., die unter den traurigsten Bedingungen selbst ihr Leben fristen und die, solange sie unorganisiert, statt Kampfesgenossinnen zu sein, unsre schlimmsten Feinde sind.

Ferner aber heißt es, die Zeit und Gelegenheit nutzen, um bei der reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts die Ausnahmebestimmungen zu beseitigen, die gegenüber der Landarbeiterschaft und dem „Gesinde" bestehen in Gestalt von Gesinde-Ordnungen und landesgesetzlichen Ausnahmerechten. Wer von uns wäre nicht auf tiefste empört gewesen, wenn wir immer und immer wieder lesen von zwangsweiser Zurückführung der „Dienenden" durch den Gendarmen, falls sie vor Ablauf der Kündigungsfrist den Dienst verlassen oder von der Verurteilung zu Gefängnisstrafen, wenn die preußischen Proletarier der Agrikultur gemeinsam ein paar Pfennige Lohnerhöhung verlangten usw. Nun wohlan, jetzt heißt es Sturm laufen, auch gegen die Knebelungsgesetze. Ist die Vereinsgesetzgebung reichsgesetzlich geregelt, ohne daß die Sklavenketten der Dienenden und der Landproletarier gebrochen wurden, so ist vorläufig an deren Beseitigung nicht zu denken.

Damit erwächst unsern Genossinnen die heilige Pflicht, nicht zurückzustehen, sondern in die vordersten Reihen zu treten, wenn es gilt, einen gewaltigen Volkssturm zu entfachen gegen den Wechselbalg reichsdeutscher Blockpolitik. Je größer und gewaltiger dieser Sturm draußen in den Massen entfesselt wird, desto wirksamer wird der Kampf unsrer Genossen im Parlament: der Kampf um ganzes Recht, um ein freiheitliches Reichsvereinsgesetz! Ein Recht nicht nur für die Männer, sondern auch für die Frauen, den Ausgebeutetsten aller Ausgebeuteten.

Rundschau.

Das „liberale" Vereinsgesetz. Der Vereinsgesetzentwurf, durch den die liberale Blockbrüderschaft in hervorragendem Maße befriedigt worden, ja, der überhaupt als eine „Konzession an den Liberalismus" gelten soll, wird von den Süd- und Mitteldeutschen, die bereits viel bessere Vereins- und Versammlungsgesetze haben, als ihnen jetzt beschert werden soll, energisch abgelehnt. So schreibt die liberale Wormser Volks-Zeitung:

„Aber soll der Hesse in seinen wichtigsten Grundrechten als Staatsbürger nach sechzigjährigem Genuß ohne jede innere Ursache geschmälert werden? Soll das alte bewährte Prinzip, die verschiedenen Volksstämme in ihrer Eigenart leben zu lassen, aufgehoben werden, um auf reaktionärer Grundlage eine sogenannte „Einheit" zu schaffen? Man täusche sich nicht: „Einheit" ist im nationalen Leben kein äußerliches Band, es muß stets aus den innersten Bedürfnissen hervorgehen und diesen entsprechen. Alles andere ist nur der blasse Schein eines guten Gedankens und befördert die Verdrossenheit in eben dem Grade, als die sogenannte „Einheit" zunimmt. Die Völkerschaften werden sich über ein freies Vereinsrecht wirklich einig werden, aber nicht über ein reaktionäres Recht, über das sich unsre Regierung mit der von reaktionären Mächten beherrschten preußischen Regierung einig geworden ist. Diese „Einheit" ist nur eine Fiktion, die von bedauerlicher Kurzsichtigkeit zeugt. Es gibt in Deutschland nur einen Weg zur wahren Einheit, und das ist der Weg eines ausgeprägten politischen Fortschritts! Alles andere ist nur eine optische Täuschung, die ja für das preußische Junkertum sehr angenehm sein mag, weil seine politische Vorherrschaft dadurch befestigt wird. Aber für das gesamte deutsche Volk hat eine Politik sehr viel deprimierendes an sich, welche dem einen Teil Rechte vorenthält und dem andern Teil Rechte nimmt. Das mag man in gewissem Sinne „Blockpolitik" nennen, aber mit einer Politik des gesamten Volkes hat sie so wenig Aehnlichkeit, wie eine alte Postchaise mit unsern modernen Verkehrsmitteln. Das ganze macht doch allzu verteufelt den Eindruck des beförderten Rückschritts und des gehemmten Fortschritts. Preußen mit seinem famosen junkerlichen „Block"-Einfall färbt bedenklich auf Hessen und Süddeutschland im allgemeinen ab, wo aus dem „Block"-Einfall, um ein hier nicht übel angebrachtes Wortspiel zu gebrauchen, ein „Block"-Reinfall wurde, an den nicht nur unsre zünftigen, sondern auch die nichtzünftigen Politiker noch lange denken werden, wenn die heutige Episode der Vergangenheit angehört."

Das Arbeitskammergesetz. Entgegen anderslautenden Nachrichten bezeichnet die Kölnische Zeitung anscheinend offiziös als feststehend, daß der im Reichsamt des Innern, natürlich unter Mitwirkung aller beteiligten Ressorts des Reichs und Preußens, namentlich auch des preußischen Handelsministeriums, ausgearbeitete Gesetzentwurf zurzeit dem preußischen Staatsministerium vorliegt. Sobald dieses sich schlüssig gemacht haben wird, werde der Entwurf den übrigen Bundesregierungen, wie das dem üblichen Gange des Verfahrens entspricht, zur Stellungnahme zugehen. Ueber den Inhalt des Entwurfs konnte das genannte Blatt nur erfahren, daß seine Grundlage die Organisation der Arbeitskammern nach sachlich-gewerblichen und nicht nach rein örtlichen Gesichtspunkten ist. Es bestehe in Regierungskreisen der lebhafte Wunsch, die Verhandlungen so zu fördern, daß der Reichstag noch in dieser Session mit dem Gesetzentwurf befaßt wird. — Das letztere klingt sehr unwahrscheinlich, denn der Reichstag wird seine liebe Not haben, das ihm schon vorliegende Material zu erledigen. Vereinsgesetz, Börsengesetz und einige kleinere Vorlagen, vor allem aber die Steuerfrage, werden seine Zeit wohl völlig in Anspruch nehmen.

B. **Tabakarbeiternamen.** Bei der Bearbeitung der Berufs- und Gewerbestatistik ergab sich das Bedürfnis, die verschiedenen Berufsbezeichnungen, die sich in den Fragebogen fanden, zu scheiden, um eine unrichtige Bearbeitung zu vermeiden und um die Zahl der Fehlerquellen zu vermindern. Für unsern Beruf wurden aus den Fragebogen nachstehende Berufsbezeichnungen ausgezogen: Buschmacher, Zigarrenarbeiter, Zigarrenmacher, Zigarrenroller, Zigarrensortierer, Zigarrenwickelmacher, Deckblattleger, Raddreher in der Tabakspinnerei, Sortiermeister, Tabakripper, Tabakschneider, Tabaksortierer, Tabakspinner, Tabakzurichter, Wickelmacher für Zigarren. Als Betriebsbezeichnungen stieß man auf Zigaretten-, Zigarren-, Kautabak-, Priemtabak-, Rapee-, Rauchtabak- und Rolltabakfabriken, Betriebsstätten für die Herstellung von sauren Karotten, Tabakfabriken. Einigermaßen kann man aus diesen Angaben die Spezialisierung innerhalb unsrer Industrie erkennen, und daraus ersehen, wie sich die Gliederung des Gewerbes gestaltet. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man sich der Hoffnung hingeben, daß die Ergebnisse der Berufsstatistik für jede einzelne Berufs- und Betriebsbezeichnung veröffentlicht würden. Wir werden uns zu bescheiden haben, daß die ganze Tabakindustrie zusammen behandelt wird, also ihre verschiedenen Berufe zusammengeworfen werden dürften.

Einpökeln kann ich Sie doch nicht! Für den Arbeiter ist bis ins höchste Alter gesorgt — Staatsbetriebe sind Musterbetriebe. Oft werden diese Behauptungen aufgestellt, aber durch ihre Wiederholung werden sie nicht richtiger. Ein kleines Vorkommnis, das unlängst in der Reichsdruckerei passierte, ist geeignet, ein Licht auf das soziale Empfinden der höheren Beamten zu werfen. In der Reichsdruckerei wurden drei Arbeiterinnen, die drei bis acht Jahre lang vorwurfslos als Wäscherinnen im Betriebe beschäftigt waren, gekündigt. Beschwerden und Gesuche, sie in irgendeiner Stelle des großen Betriebes einzustellen, waren erfolglos, wiewohl fortdauernd jüngere Arbeiterinnen eingestellt wurden. Ihnen wurde geraten, sich an den Direktor, Geheimen Oberregierungsrat Landbeck zu wenden. Dieser nahm ihre Eingabe entgegen und sagte dann: was soll ich denn mit Ihnen machen? ich kann Sie doch nicht einpökeln. Die Frauen legten dar, daß sie das auch keineswegs wünschten, sondern nur Arbeit haben wollten. Für solche Personen, entgegnete der Geheime Oberregierungsrat, habe ich überhaupt keine Arbeit, es bleibt dabei, Sie sind entlassen. Und dabei blieb's. Und doch besaßen die drei Arbeiterinnen die vom Minister für Sozialpolitik den Arbeitern gepredigten vier Kardinaltugenden: Fleiß, Nüchternheit, Sparsamkeit und Zufriedenheit, so lange sie in Stellung waren, in reichlichstem Maße. Daß sie sich nicht einpökeln lassen, sondern Arbeit haben wollten und es als eine große Unbilligkeit empfanden, ohne irgendeinen Grund nach achtjähriger Tätigkeit aufs Pflaster geworfen zu werden, wird als ein Zeichen allzu unzufriedenen Gemüts schwerlich ausgelegt werden können. Vielleicht predigt der Sozialminister Arbeitern, die immer noch einen Rest von Vertrauen dazu haben, daß der Staat nicht nur zur Ausbeutung der Arbeiter bestimmt sei, demnächst: laßt Euch einpökeln.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Das Daniederliegen der industriellen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten infolge der Geldkrisis hat zu einem Zusammenströmen Arbeitsloser in den großen Städten geführt, wie es selbst um diese Zeit des Jahres noch niemals beobachtet worden ist. Trotz der großen und noch fortdauernden Rückwanderung nach Europa, welche einen starken Prozentsatz der durch die Arbeiterentlassungen in den Fabriken wieder freigewordenen „industriellen Reservearmee" aus dem Lande fortführt, treten an die öffentliche und private Unterstützungstätigkeit Anforderungen heran, denen sie kaum mehr gewachsen ist. Am stärksten ist der Zustrom nach Neuyork. Nach einer aufgestellten Statistik weilen hier gegenwärtig rund 150 000 Arbeitslose, die weder Nahrung noch Obdach haben. Die meisten der sich in Neuyork ansammelnden Arbeitslosen sind gelernte Arbeiter, vornehmlich solche der Maschinenindustrie und andrer mechanischer Gewerbe, wie Angehörige zahlreicher Handwerke, deren Arbeitsgelegenheit durch die gesunkene Kaufkraft aller Schichten der Bevölkerung vermindert ist.

Ernährungsfragen.

Der Alkohol und die kalte Küche sind schlimme Feinde und Verderber des Arbeiterhaushalts. Um so schlimmer darum, weil sie von vielen als willkommene Tröster und Helfer angesehen werden. Weil viele in der jetzt hereinbrechenden Zeit der Not nach ihnen Ausschau halten und glauben, daß nur mit ihrer Hilfe der Einnahmerückgang samt den Teuerungspreisen überwunden und ausgeglichen werden könnte.

Ob das Stückchen Wurst oder Schinkenspeck für den einzelnen ein bißchen größer oder kleiner ausfällt, das merkt keiner. Und das Stück Brot dazu rutscht besser, wenn es mit einem Glas Bier oder einem Gläschen Schnaps angefeuchtet wird. Schließlich kann auch die Mutter eher auf Arbeit gehen, wenn sie sich nicht so lange mit der Kocherei abzuplagen hat.

Das ist so das landläufige Gerede. Das ist es heute wie vor 10 und 20 Jahren. Damals wurde in der noch von Jastrow

herausgegebenen Sozialen Praxis ein Artikel veröffentlicht, der sich betitelt: „Erwerbs- oder Hausarbeit der Arbeiterfrau". Es ist dort von zwei Arbeiterfamilien die Rede, von denen die eine, in Leipzig wohnhaft, 5 Köpfe zählt (3 Kinder im Alter von 11, 8 und 4 Jahren) und mit einem Wocheneinkommen von etwa 20 Mark (im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) zu rechnen hat, zu dem der Mann 13 Mark und die Frau 7 Mark beiträgt. Von diesen 20 Mark werden für Nahrungsmittel 10.74 Mark, für Genußmittel (Tabak, Bier, Schnaps) 2.08 Mark aufgewandt. Eine Hauptrolle im Nahrungsbudget spielen Brot, Kartoffeln, Käse, Gurken und Spirituosen. Milch und Hülsenfrüchte fehlen vollständig. Anders bei einer Frankfurter Arbeiterfamilie von 6 Köpfen, die im Jahre 1894 oder 1895 mit einem Wocheneinkommen von 18 Mark zu rechnen hat, das allerdings vom Manne allein verdient wird. Die Mutter ist zu Hause und spart dadurch gleich vorweg das Aufsichtsgeld, das die Leipziger Familie in Höhe von 1 Mark bezw. 50 Pfg. pro Woche für das jüngste Kind zu zahlen hat. Sie kann auch Hausrat und Kleider besser imstande halten, als dies der auf Arbeit gehenden Leipziger Arbeiterfrau möglich ist, und, was die Hauptsache ist, bei einer wöchentlichen Nahrungsausgabe von 7.36 Mark ernährt sie ihre Leute besser als dies in Leipzig, bei einer Person weniger, mit 10.74 Mark geschieht. Auch beim Verbrauchsposten von Heizungs- und Beleuchtungsmitteln stellt sich heraus, daß die Frankfurter Familie rationeller wirtschaftet. Ausgaben für Alkohol finden wir da freilich überhaupt nicht.

Das beweist nun zweierlei. Einmal, daß da, wo mehrere Kinder vorhanden, der von der Mutter zu erlangende Verdienst nur gering und wenn der Verdienst des Vaters nur einigermaßen ausreichend ist, die Mutter besser daran tut, auf die Erwerbsarbeit zu verzichten und ihre Arbeitskraft in den Dienst häuslicher Ersparnis, besserer Wirtschaftsführung, Verwendung und Ausnutzung nahrhafter Lebensmittel zu stellen.

Zum andern beweist unser Beispiel, daß kalte Küche und alkoholische Getränke eine rationelle und ausreichende Ernährung nur vortäuschen, in Wirklichkeit aber hintanhalten. Es beweist, daß diese beiden Feinde des Arbeiters eine Ernährung bedingen, die teurer und um vieles schlechter ist, als die allerdings mühevollere Küchenführung, die nahrhafte, wennschon mühsamer zu erschließende und zuzubereitende Rohstoffe verwendet, die billiger sind als die fertigen Produkte der kalten Küche und die zugleich die trügerische Verbesserung durch den Alkohol überflüssig machen.

In erster Linie kommen hier in Betracht: Hülsenfrüchte, Gemüse, Mehlspeisen, Obst und alle in diesem Zusammenhang möglichen Kombinationen.

Berichte.

Bielefeld. Ein Beitrag zur neuen Aera. Die Arbeiter der Fabrik Taschmacher u. Co. hielten am 21. Dezember eine Fabrikbesprechung bei Lippelmann in Westerenger ab. Man hatte noch nicht begonnen, da erschien ein Polizist und verlangte die Entfernung der Anwesenden. Gauleiter Schlüter erklärte dem Polizeibeamten ganz energisch, daß er hier nichts zu sagen habe, er solle hinausgehen. Als der Beamte nun doch auf seinem Verlangen bestand, erklärte Schlüter, man würde nur der Gewalt weichen. Die Anwesenden besprachen nunmehr ihre Angelegenheiten und der Polizist stand dabei. Zur Anwendung von Gewalt schien er nicht instruiert zu sein. Die Arbeiter hatten sehr schlechten Tabak zu verarbeiten, dies sollte festgestellt werden. Gewiß keine öffentliche Angelegenheit.

Bünde. Die Protestversammlungen gegen die Mehrbelastung des Tabaks, in welchen Frau Kähler referierte, waren mit Ausnahme von Minden sehr gut besucht. In Holzhausen, Barntrup und Rahden i. W. waren auch die Kolleginnen sehr gut vertreten. In allen Versammlungen wurde eine Kommission zur Organisierung des Protestkampfes eingesetzt. In fast allen Zahlstellen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes geht es vorwärts und es ist eine Zunahme von Verbandsmitgliedern zu verzeichnen. Der beste Protest ist immer die Erstarkung unsrer Organisation.

Eschwege. Bei der Firma Baum u. Zeuch (Kautabak- und Zigarrenfabrik) bestehen Verhältnisse, die jeder Beschreibung spotten und die verdienen, der Oeffentlichkeit übergeben zu werden. Die Inhaber dieser Fabrik haben es im Laufe der Zeit verstanden, die Löhne der Kautabakarbeiter auf das niedrigste Niveau herabzudrücken, sie versuchen auch jetzt wieder durch Lieferung von schlechtem Material abermals die Löhne zu drücken. Dieses Vorgehen der Herren Baum u. Zeuch ist besonders wert, den Arbeitern, die als Konsumenten dieses Fabrikat konsumieren, vor Augen geführt zu werden, und zwar auch deshalb, weil auch diese Firma zum 1. Januar 1908 einen abermaligen Preisaufschlag für ihre Fabrikate durchführen will. Wir sehen also, daß die Inhaber dieser Firma es ganz vorzüglich verstehen, ihren Geldbeutel zu füllen auf Kosten der Arbeiter in der Fabrik sowohl, wie der Arbeiter, die als Konsumenten dieses Fabrikat kaufen. Die Herren Fabrikanten verlangen von ihren Spinnern, daß sie den Tabak genau dem Nordhäuser entsprechend spinnen sollen, bezahlen aber Löhne, die in gar keinem Verhältnis stehen zu denen, die in Nordhausen gezahlt werden. Wobei bemerkt werden muß, daß auch diese noch lange nicht den heutigen Verhältnissen entsprechend als ausreichende bezeichnet werden können. Das dem so ist, werden nachfolgende Vergleiche bestätigen. Hier in Eschwege wird für einen Zentner Nr. 4 ein Lohn von 7 Mark gezahlt, in Nordhausen 9—10 Mark pro Zentner. Für Nr. 7 zahlt man hier 15.75, in Nordhausen 19—22 Mark pro Zentner. Da aber das Stärkeverhältnis des Tabaks hier genau so wie in Nordhausen ist, so wird jeder verstehen können, in welcher Weise hier die Ausbeutung der Arbeitskraft betrieben wird. Aber damit haben die Herren noch nicht genug. Damit die Spinner nicht zu üppig werden, müssen sie auch noch jede Woche für die Vorlegerinnen 1.75 Mark an den Fabrikanten zahlen. Ob ein Fabrikant berechtigt ist, zur Entlohnung der Vorlegerinnen den Spinnern pro Woche eine bestimmte Summe Geldes vom Arbeitslohn abzuziehen, wollen wir zunächst nicht weiter untersuchen. Wie stehen nun aber die Löhne der Vorlegerinnen? Wenn schon die Verhältnisse der Spinner recht traurige sind, so muß doch festgestellt werden, daß die der Vorlegerinnen noch bedeutend schlechtere sind. Diese bekommen einen Wochenlohn von 4.50 Mark, wozu dann noch Prozente kommen, die im günstigsten Falle 2 Mark pro Woche betragen. Dieses Auszahlen der Prozente zeigt uns so recht, in welch ausgesuchter Weise die Ausbeutung der Arbeitskraft in dieser Fabrik ausgebaut ist. Jeder Spinner ist verpflichtet, ein bestimmtes Quantum gesponnenen Tabak pro Woche abzuliefern. Für jedes weitere Pfund fertigen Tabaks, das mehr abgeliefert wird als das festgesetzte Quantum, bekommt dann der Vorleger seine Prozente, welche 2—4 Pfg. pro Pfund betragen, je nach der Stärke des betreffenden Gespinstes. Der Grund, welcher den Fabrikanten veranlaßte, dieses System einzuführen, ist wohl leicht zu erraten. Er wollte lediglich damit bezwecken, daß die Vorlegerinnen die Spinner — die doch so schon durch ihre sehr schlechten Löhne und durch den Umstand, daß sie im Akkord arbeiten, gezwungen worden sind, ihre Arbeitskraft bis aufs äußerste anzuspannen — immer wieder von neuem zur Arbeit antreiben sollen. Nun haben die Vorlegerinnen aber auch noch einen weiteren Verdienst zu verzeichnen, der darin besteht, daß sie des Tags über neben ihrer eigentlichen Arbeit noch Decker machen oder Buschgut (Einlage) rippen. Da aber die festgesetzte Arbeitszeit nicht ausreicht, soviel zu schaffen, um einen Lohn zu verdienen, der es den Vorlegerinnen ermöglicht, leben zu können, werden die Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen mit in Anspruch genommen und durchgearbeitet. Auch des Abends wird noch 1—1½ Stunden länger gearbeitet, um nur das zum Leben Allernotwendigste verdienen zu können. Wundern muß man sich, daß so etwas hier vorkommen kann, ohne von dem Herrn Gewerberat bemerkt zu werden, welcher hier seinen Sitz hat. Wir glauben aber annehmen zu dürfen, daß nunmehr der Herr Gewerberat die nötigen Schritte veranlassen wird, um diesen fortgesetzten Gesetzesübertretungen ein Ende zu machen. Die Löhne der Röllchenmacher schließen sich denen der Spinner und Vorlegerinnen würdig an und bedürfen sehr notwendig einer Aufbesserung. Kollegen und Kolleginnen! Wollt Ihr für die Zukunft nicht mehr unter diesen traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten, wollt Ihr nicht mehr dulden, daß man Eure Arbeitskraft ausmergelt bis aufs äußerste, dann ist es notwendig, daß Ihr Euch dem Deutschen Tabakarbeiterverband anschließt und Euch durch denselben Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpft, die es Euch ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Gießen. Hier und in der Umgegend ist die Protestbewegung gegen die Zigarrenbanderolesteuer in vollem Gange. Bis jetzt haben meistens gut besuchte Versammlungen stattgefunden in Krofdorf, Launsbach, Staufenberg, Altenbuseck, Gießen, in welchen Orten Gauleiter Schnell referierte; in Wiesek, wo Frau Knaf aus Hanau das Referat übernommen hatte. In allen Versammlungen wurden die Resolutionen, welche sich gegen jede weitere Erhöhung der Besteuerung der Tabakindustrie aussprachen, einstimmig angenommen. Im 7. Gau sollen zirka 100 Protestversammlungen abgehalten werden. Kollegen, erscheint überall vollzählig. Der Kampf wird hart!

Rehme. Schwarze Listen der Firma Langhans u. Jürgensen. Vor kurzem berichteten wir, daß die Firma Langhans u. Jürgensen resp. deren Prokurist, am rigorosesten das System der schwarzen Listen, natürlich erfolglos, handhabe. Dieser Geschäftsführer ist sehr liberal, und es scheint ja jetzt System darin zu liegen, daß der Liberalismus durch die Taten seiner Führer kompromittiert wird. Drei Tage vor Weihnachten hörten in Bünde-Feldmark einige Arbeiter bei genannter Firma auf. Als Dank für treue Dienste werden sie von dieser Millionenfirma, die fast 2000 Arbeiter beschäftigt, in Verruf erklärt. Kein Fabrikant soll diese Leute in Arbeit nehmen. Sie wagten es, von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen und zu kündigen, weil sie anderweitig bessere Arbeitsbedingungen bekommen können. Da werden sie nun daran erinnert, daß sie moderne Lohnsklaven sind. Die schwarze Liste lautet: Es sind wegen Lohndifferenzen in Streik bezw. in Kündigung getreten bei Langhans u. Jürgensen in Bünde folgende Arbeiter: Fritz Hüffmeyer, Frau Hüffmeyer, Emma Harrenbäumer, Kaspar Meyer, Frau Meyer, Frau Dreyer, Frau Grothaus, Frau Epmeyer, Frau Hinners, Fr. Hinners, Wefelmeyer, Kaspar Hüffmeyer.

Ein Streik von vier Arbeitern und acht Arbeiterinnen? Wen das wohl die Firma glauben machen will!! Was diese Liste zu bedeuten hat, wird erst recht klar durch folgenden Brief, welchen der Kollege Wefelmeyer erhielt:

Herrn Hermann Wefelmeyer!

Da Sie in der Firma Langhans u. Jürgensen ausgesperrt sind und wir dem Fabrikantenverband angehören, müssen wir Sie wieder entlassen.

p. Landwehrmann u. Flacke, Haubrock.

Bünde-Feldmark, den 7. 12. 07.

Brutal! Daß der Kollege auch ohne diese nationalen Fabrikanten Brot hat, dafür wird die Organisation sorgen. In diesen Tagen werden viele dieser Fabrikanten mit gefalteten Händen und frommem Augenverdehen in den Kirchen sitzen und singen: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! — Fromme Christen! Nette Ausbeuter!

Wiesek. Am 14. Dezember 07 fand hier eine gutbesuchte Protestversammlung statt, in welcher die Kollegin Frau Knaf aus Hanau über die geplante Banderolensteuer referierte. Die Rednerin verstand es, in ihrem ausführlichen, 1½stündigen Referate der Versammlung klar zu machen, welche Schäden diese indirekte Steuer mit sich bringen werde. Sie wies auf die schlechten Lohnverhältnisse in der Tabakindustrie, die ganz erbärmliche zu nennen sind, hin, sowie auf die enorme Zahl der Erkrankungen und Sterblichkeiten in der Tabakbranche. Weiterhin führte sie aus, daß von dem jetzigen Reichstage wenig Hoffnung auf sozialem Gebiete zu erwarten ist. Der Reichshaushalt, der in diesem Jahre ein Defizit von 130 Millionen Mark aufzuweisen hat, wird dafür Sorge tragen, daß die zusammengesetzte Blockpartei für sämtliche, das Volk belastende, indirekten Steuern stimmen wird und deshalb müssen wir energisch protestieren gegen diese schädlichen neuen Steuerpläne der Regierung. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Tabakarbeiterversammlung protestiert ganz entschieden gegen die von der Reichsregierung geplante Banderolensteuer, weil die Wirkung derselben die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auf das schwerste schädigt und Arbeitslosigkeit zur Folge habe, und fordert deshalb die Reichsregierung auf, die ohnehin schon so schwer belastete Tabakindustrie von einer Mehrbesteuerung zu verschonen." Nach eingehender Diskussion forderte die Rednerin zum Schlusse die Kollegen und Kolleginnen auf, fest zur Organisation zu halten, der letzte Mann muß dem Verbande zugeführt werden. Lebhafter Beifall wurde der Referentin gezollt und die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband geschlossen.

Würzburg. Kollegen! Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet in der Restauration des 1. Bevollmächtigten, im Eldorado, unsre wichtigste Versammlung statt. Es gilt, Kollegen an unsre Spitze zu wählen, die Mut und Ausdauer im Kampfe besitzen. Jetzt, im Winter, gilt es, neue Kollegen zu werben, denn gerade die Tabakarbeiter sind die schlechtest bezahlten und die unaufgeklärtesten. Für uns bleibt das größte und schwierigste Arbeitsfeld. Kollegen, auch der Versammlungsbesuch läßt hier am Orte sehr viel zu wünschen übrig. Fühlen sich die Mitglieder so wohl, daß sie es nicht mehr für nötig finden, ihre Versammlungen zu besuchen? Wissen sie nichts von der Gefahr der neuen Steuern, welche uns bedroht? Haben sie vergessen, wie schwer unsre Kolleginnen und Kollegen in der Zigarettenindustrie unter der ihnen aufoktroyierten Steuer gelitten haben und noch leiden? Kollegen! All das könnt Ihr nicht vergessen haben. Darum hinein in die Versammlungen, helft mit raten und taten. Nehmt Euch ein Beispiel an den Unternehmern, die durch Stärkung ihrer Organisationen der Verbesserung unsrer Lage entgegenzuarbeiten suchen. Helft unsre Organisation stärken, erst dann können wir allen Gefahren ruhig ins Auge sehen, erst dann werden wir ein Bollwerk bilden, an dem selbst die stärkste Unternehmerwillkür wirkungslos abprallen muß. Viele von unsern Kollegen lesen noch die bürgerlichen Blätter, welche jederzeit, wenn sich auch nur die geringste Gelegenheit bietet, die Interessen der Arbeiterschaft verraten und mit Füßen treten. In keinem Arbeiterhause sollte man eine derartige Zeitung antreffen. Hinaus aus den Arbeiterwohnungen mit diesen Wischen! Abonniert die Fränkische Volkstribüne die einzige Zeitung, die den Arbeitern im Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung zur Seite steht und jederzeit für die Unterdrückten eintritt. Darum, Kollegen, merkt Euch das Wort:

Wo keine Arbeiterzeitung ist im Haus,
Da sieht es öd und traurig aus!

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Vereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58 60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Scheel-Plessenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

An die Bevollmächtigten!

Laut Beschluß der Bielefelder Generalversammlung tritt mit dem 1. Januar 1908 das neue Statut in Kraft und damit zugleich auch die Einrichtung, daß für jedes bezugsberechtigte erwerbsunfähige (kranke) und arbeitslose Mitglied (siehe Information) ein Unterstützungsjahr festzusetzen ist.

Alle Mitglieder, die nun am 1. Januar 1908 erkranken und am gleichen Tage die Erkrankung dem Bevollmächtigten melden oder melden lassen, erhalten demnach erst vom 4. Januar 1908 an die ihnen zustehende Krankenunterstützung ausgezahlt. Das Unterstützungsjahr ist in diesen Fällen für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 31. Dezember 1908 festzusetzen. Für die gleiche Zeit erhalten auch jene Mitglieder ein Unterstützungsjahr zugewiesen, die schon vor dem 1. Januar 1908 erkrankt waren und ununterbrochen bis zum 1. Januar 1908 und ferner krank bleiben. In letzteren Fällen bedarf es zum Bezuge von Krankenunterstützung einer Wartezeit von drei Tagen nicht; die Unterstützung wird deshalb schon vom 1. Januar 1908 ab bezahlt.

Zur Auszahlung der Krankenunterstützung sind vom 1. Januar 1908 ab nur die neuzugestellten Krankenjournale zu benutzen.

Die arbeitslosen Mitglieder sind, soweit sie auf Arbeitslosenunterstützung Anspruch erheben, nach gleichen Grundsätzen wie die erkrankten und Unterstützung beziehenden Mitglieder zu behandeln.

Arbeitslosen Mitgliedern, die sich am 1. Januar 1908 schon auf Wanderschaft befinden oder mit dem 1. Januar 1908 auf Wanderschaft begeben, ist eine Wanderkarte auszustellen. Ohne Wanderkarte darf keinem wandernden Mitgliede Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden. Bei Ausstellung einer Wanderkarte ist das Mitgliedsbuch einzuziehen und dem Vorstande einzusenden. (Siehe Information.)

Wir ersuchen nun die Bevollmächtigten, dieser Bekanntmachung entsprechend handeln zu wollen.

Zur Beachtung!

Der Versand der mit dem 1. Januar 1908 in Gebrauch zu nehmenden Materialien, wie Statuten, neue Verbandsmarken, Mitgliedskarten à 50 Pfg. und à 30 Pfg., Wanderkarten und neue Aufnahmescheine, ist vollzogen.

Die Bevollmächtigten derjenigen Zahlstellen, die in den Besitz dieser Materialien nicht gelangt sind, ersuchen wir, sich sofort beim unterzeichneten Vorstande melden zu wollen.

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen **Gerhard Schnurzmann** aus **Almena** (Holland), geb. 14. 1. 77, aufgen. 19. 3. 07, S. I, 46959. (3594)

Ausgeschlossen nach § 15 Absatz 3 wurden folgende Mitglieder: **Susanne Neugesser** und **Fritz Mayer**, zurzeit Streikbrecher in Pfungstadt; **Friedrich Reber** aus **Bonnekburg**, S. I, 31388, aufgen. 4. 8. 06, Streikbrecher bei der Firma Zein. (3539)

Wegen Streikbruch wurde ausgeschlossen: **Julius Rohr** aus **Neumarkt** i. Schl., S. I, 14476, aufgen. 1. 8. 87, zurzeit in Neumarkt.

Wohnungswechsel.

Bei stattfindendem Wohnungswechsel ersuchen wir um Einsendung der genauen Adressen der Bevollmächtigten und Vertrauensleute. Das Adressenverzeichnis wird neu angefertigt.

Achtung, Gauleiter!

Für eine Anzahl Gaue sind noch keine Bestellungen für das neue Flugblatt eingegangen. Da Anfang dieses Jahres in allen Gauen eine Agitation vorgenommen werden soll, so ersuchen wir, recht bald die Bestellung auf die Flugschrift machen zu wollen.

Achtung!

Die alten Marken sind mit der Abrechnung einzusenden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Barntrup**: Georg Besch als 1. Bev., Georg Dieckmann als 2. Bev., Fritz Luttmann als 3. Bev.; Hermann Kröger, Dietrich Heimsath, August Dröge als Kontrolleure.

Für **Bauhen**: Paul Menzel als 1. Bev.

Für **Bünde**: August Schröder als 1. Bev., Heinr. Heepmann als 2. Bev., Heinr. Rousiek als 3. Bev.; Ludwig Goldstein, Heinrich Diestelhorst, Heinrich Horstmeier als Kontrolleure.

Für **Frankenstein** i. Schl.: Herm. Bech als 1. Bev.

Für **Penig** i. S.: Max Körner als Vertrauensmann.

Für **Preußisch-Oldendorf**: H. Temme als 3. Bev.

Für **Rostock**: B. Schulz als 1. Bev., J. Schwart als 2. Bev., Ad. Pölchow als 3. Bev.; W. Bobzin, E. Krumm, O. Lippelt als Kontrolleure.

Vom 22. bis 28. Dezember 1907 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

		ℳ			ℳ ₰
18.	Dezember.		23.	Dezember.	
	Penig, d. O. Wenzel	10.—		Ottersen	400.—
21.	St. Ludwig	100.—	23.	Neusalz a. O.	60.—
21.	Dresden	750.—	23.	München	100.65
21.	Berlin	600.—	23.	Waldheim	64.—
21.	Bünde i. W.	340.30	23.	Pirna	100.—
21.	Wiesek	600.—	24.	Nauen	130.—
21.	Klein-Steinheim	176.60	24.	Barmbeck	200.—
22.	Torgau	5.90	24.	Orb	300.—
22.	Würzburg	121.50	24.	Strehla	50.—
23.	Klein-Wechsungen	50.—	24.	Edingen	90.—
23.	Seesen	46.30	26.	Rees	37.—
23.	Bredstedt	80.—	27.	Griesheim	80.—
23.	Lemgo	100.—	27.	Brieg	50.—
23.	Kirchlengern	150.—	27.	Altona a. E.	600.—
23.	Döbeln	179.40			

B. Freiwillige Beiträge:

27. Dezember. Hamburg, H. Löwe, Genossenschafts-Fabrik 50.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 28. Dezember 1907.

W. Nieder-Welland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Provisorisch aufgenommen sind:

Adam Knapp, Johann Stieler aus Heppenheim, Johann Mitsch aus Hambach. (413)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Adressen-Aenderungen:

Für **Barntrup:** Der 1. Bev. Georg Besch wohnt jetzt Obere Straße 278. Alle Zuschriften sind an diesen zu senden.

Für **Bautzen:** Der 1. Bev. Paul Menzel wohnt jetzt Fischergasse 19, part.

Für **Dünne** i. W.: Der 1. Bev. August Schröder wohnt jetzt Nr. 147.

Für **Eisleben:** Der 1. Bev. W. Christange wohnt jetzt Breiter Weg 5.

Für **Frankenstein** i. Schl.: Der 1 Bev. Hermann Bech wohnt jetzt Niederstraße 52. Alle Sendungen sind nur an diesen zu richten

Für **Heidenheim:** Alle Sendungen sind an W. Molls in Schnaitheim b. Heidenheim, Andreasstraße 6, II, zu richten.

Für **Hauen:** Der 2. Bev W. Jamke wohnt jetzt Ketziner Straße 7.

Für **Penig** i. S.: Der Vertrauensmann Max Körner wohnt jetzt Langenberg 97.

Für **Rostock:** Der 1. Bev. B. Schulz wohnt jetzt Windmühlenstraße 10, I. — Der 2. Bev. J. Schwart wohnt jetzt Neu-Bramowstraße 17, I.

Für **Witzenhausen:** Der 1. Bev. Karl Felmenden wohnt jetzt Judenstraße 274.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Hauen:** Durch W. Jamke, Ketziner Straße 7.
In **Rostock:** Durch den 2. Bev. J. Schwart, Bramowstraße 17, I.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Hauen:** Durch W. Jamke, Ketziner Straße 7.
In **Rostock:** Durch den 2. Bev. J. Schwart, Bramowstraße 17, I.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eurere Versammlungen zahlreich!)

In **Speyer a. Rh.:** Montag, den 6. Januar 1908, abends ½9 Uhr, Generalversammlung im Kleinen Storchenkeller. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Gesamtausschusses. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in derselben zu erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Halberstadt:** Montag abend öffentliche Tabakarbeiterversammlung bei Max Bollmann, Bakenstraße 63. Tagesordnung: 1. Wahl einer Kommission. 2. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Tabakarbeiter Halberstadts ist dringend notwendig. J. A.: **Die Ortsverwaltung.**

In **Osterode a. H.:** Sonnabend, den 11. Januar 1908, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907. 2 Neuwahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Erläuterungen des neuen Statuts. 4. Kartellbericht und Wahl der Delegierten. 5. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird der wichtigen Tagesordnung halber ersucht

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Winsen:** Sonnabend, den 11. Januar 1908, abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung 2. Kartellbericht. 3. Wahl einer Kommission. 4. Verschiedenes

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Groß-Rhüden:** Sonnabend, abends 9½ Uhr, beim Gastwirt A. Schneevoigt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Dessau:** Sonntag, den 12. Januar 1908, nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn Emil Herbold, Askanische Straße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten, Kontrolleure und des Boten. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4 Bericht vom Kartell. 5. Verschiedenes. — Im Interesse aller Mitglieder wird vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Rehme:** Sonntag, den 12. Januar 1908, nachmittags 3½ Uhr, bei Röbke. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung. 2. Verschiedenes.

Anschließend hieran: Kombinierte Mitgliederversammlung der Zahlstellen Rehme, Niederbexen, Babbenhausen und Werste. Vortrag des Gauleiters Schlüter über: 1. Die Internationale der Tabakarbeiter. 2. Wie gestalten wir unsere Agitation? — Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Sonneborn:** An jedem Sonntag nach dem ersten im Monat an bekannter Stelle.

Dessau. Achtung! Alle Mitglieder der Zahlstelle Dessau, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben sofort zu begleichen. Zu diesen Beiträgen gehören: Verbands-, Extra- und Lokalbeiträge bis Dezember 1907. Die auswärtigen Mitglieder möchten ihre Beiträge an den 2. Bev. Karl Lingner, Bauhofstraße 26, einschicken.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Hiddenhausen. Zwecks Abrechnung vom 4. Quartal 1907 müssen alle Reste bis zum 19. Januar 1908 beglichen sein. Laut Beschluß der Generalversammlung werden neue Statuten und andere Marken verwendet. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Apolda 15.— Mk., Wittenberg 50.— Mk., Hockenheim 400.— Mk., Köln 100.— Mk., Neuses 150.— Mk.

Sterbekasse: Apolda 8.60 Mk., Langwedel 99.44 Mk., Eimsbüttel 125.— Mk., Köln 10.— Mk., Kassel 28.— Mk.

Zuschüsse: Hildesheim 30.— Mk., Halle a. S. 75.— Mk., Nußloch 40.— Mk., Hastedt 100.— Mk., Bautzen 50.— Mk., Langwedel 49.44 Mk., Bünde 50.— Mk., Chemnitz 60.— Mk., Feuerbach 50.— Mk., Hochdorf 50.— Mk., Kassel 28.— Mk.

Krankengeld: 77.33 Mk.

Hamburg, den 30. Dezember 1907. **P. Otto.**

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Von neuen Einkäufen empfehle als sehr preiswert:

Sumatra, Umblatt und Einlage, sehr leicht (Sandblatt) 105 Pfg.; reines Umblatt 140 Pfg — **Sumatra-Decker,** hell, mittel und dunkel, 140, 150, 160, 170, 200, 230, 250 bis 500 Pfg. — **Vorstenland-Decker,** duffbraun, 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt, III. Länge Vollblatt, brennt als Decker schneeweiß, 130 Pfg — **Java-Decker,** dunkel 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt 100, 120, 130 Pfg; Umblatt und Einlage, sehr zartblattig, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg.; Einlage 85 Pfg. — **Mexiko-Decker,** dunkel 220 Pfg., graubraun 300 Pfg. — **Brasil-Decker** 130, 160, 170 Pfg., brennt schneeweiß; Umblatt 110, 120 Pfg. — **Havanna** 150, 250 Pfg. — **Yara-Cuba** 200 Pfg. — **Domingo** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Carmen** 85, 100, 110 Pfg. — **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, reichlich Umblatt enthaltend, 85 Pfg. — **Paraguay** 85 und 100 Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Preßbrett, **für 10—12 Formen,** pro Stück 6.50 Mk.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. **Versand nur unter Nachnahme.**

H. Edling, Bremen

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit

Sumatra-Decker à 170, 210, 220, 240, 260, 300, 360, 380, 400 Pfg., **Umblatt** 125 Pfg.
Java-Decker à 180, 200, 220, 260 Pfg.
Vorstenland-Decker à 200, 240 Pfg.
Java-Umblatt à 90, 105, 110, 115, 120, 130, 140 Pfg.
Java-Einlage à 80, 85, 90, 100 Pfg.
Brasil-Decker à 140, 150, 155 Pfg., **Einlage und Umblatt** à 95, 105, 110, 120, 130 Pfg.
Mexiko-Decker à 220, 250, 280, 300 Pfg.
Mexiko-Umblatt à 130 Pfg.
Havanna à 180, 250, 300 Pfg.
Yara-Cuba à 180, 200, 250 Pfg.
Seedleaf à 90, 100 Pfg.
Domingo-Umblatt à 80, 85, 90, 100 Pfg.
Carmen-Umblatt à 85, 90, 100, 110 Pfg.
Gemischte Original-Tabake à 80, 85 und 90 Pfg.

Ausnahme-Offerte ca. **90** Ballen **Vorstenland-Stückblatt,** viel helles Deckblatt enthaltend und tadellos brennend **per Pfund 105 Pfg.**

Preise verzollt. **Versand unter Nachnahme.**

!Roh-Tabake!

und **sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation** kauft man am **besten** und **billigsten** bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.
Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fasson stets am Lager.

Soeben erschien unsere neueste Preisliste **Nr. 23.** Zusendung kostenlos sofort.

Vertreter für Ratibor und Umgegend: Gustav Burmeister, Ratibor, woselbst sich ein größeres **Wickelformenlager** (Wickelformenpressen, Band, Etiketten sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

Java-Umblatt und Einlage

in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker, Carmen-** und **Domingo-Umblatt,** wie bestes, **loses Gut,** aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

Gehört die Zukunft dem Sozialismus?

Von **J. M. Berger.** Preis geh. 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19, 21.

Geräte für die Fabrikation

als:
Wickelformen, Formenpressen
Kistenpressen
Arbeitstische, Schemel, Sortierkisten, Sitzkästen für Wickelmacher
Bündelpressen 2c.

Rollbretter, Ia.-Ware.
rotbuchen 1.50 M, weißbuchen 2 M
unverwüstlich!

Echt amerik. Kopfholz-Bretter mit Eisenbolzen
= Unerreicht in Haltbarkeit!! =
per Stück 5.50 M, 10 Stück 53 M

Arbeitsmesser, prima Stahl
per Stück 25 ₰, 10 Stück 2 M

Hamburg. Arbeitsmesser
zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 M, zu 3 Mille 55 M

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin

Magazinstrasse 14.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 425, 500, 550, 600, fahl, mittel 200, 225, 275, 300, 350, 425 ₰, dunkel 200, 275, 300, 350 ₰.
Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 ₰.
Java 90, 95, 100, 105, 120, 130, 135, 140 ₰.
Brasil 105, 115, 125, 130, 135, 150, 200 ₰.
Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 ₰.
Cuba 150, 350 ₰. — **Havanna** 300, 350, 650 ₰.
Mexiko-Decke ff. 300, 450 ₰.
Pa. Losgut 85 ₰ netto, **Paraguay** 90 ₰.
Inländische Tabake 75, 85 ₰.

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager.
Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 M, mit Rad 19 M, ganz Eisen 26 M.
Presskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 M, zu 1000 Zigarren nur 5.75 M.
Rollbretter 175, 200 ₰, Hirnholz 300, 350 ₰.
Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 M.
Arbeitsmesser 20 u. 30 ₰, 35 ₰ Hamburger.
Lack 25 ₰ und 30 ₰, 8 Stangen.
Papier, blau, 41 Bogen pro Pfund, 20 ₰.
Band 50 Meter von 70 ₰ an.
Ringe ff. nur 20, 25 ₰, mit Porträt 45 ₰.
Etiketten von 40 ₰ pro 100 Stück an.
Gummi Traganth nur 175, 225, 250 ₰ pr. Pfd.
Amiac 200 und 250 ₰ pro Pfund.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.

Von Professor v. Reusner.
Statt früher 2.20 Mk., jetzt nur **75 Pfg.**
Porto 10 Pfg. extra.

Zu beziehen durch die Expedition der Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19, 21.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche, deren inniger Zusammenhang, Verhütung und **radikale** Heilung von Spezialarzt Dr. med. Rumler. **Preisgekröntes,** nach **neuen** Gesichtspunkten bearbeitetes Werk. **Wirklich brauchbarer,** äusserst lehrreicher Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von **Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften** und **Exzesse** und **allen sonstigen geheimen Leiden.** Für **jeden Mann,** ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches nach **fachmännischen** Urteilen von **geradezu unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen!** Für 1.60 Mk. Briefmarken franko zu beziehen von **Dr. med. Rumler, Genf 882 (Schweiz).**

Meinen werten Kunden und Geschäftsfreunden

Die besten Glückwünsche zum Neuen Jahre!

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Rohtabakhandlung u. Versandhaus
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstrasse 185.
Gegründet 1879.

Geschnittene Einlage

eigene, beste Mischungen
1.10, 1.25, 1.40 Pfg. verzollt.

Sumatra Nr. 1375 — 3 Mk. verz.
ganz hell und reinfarbig, Vollblatt.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Illustr. Katalog gratis u. franko.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 4.
Gegründet 1871. Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verkehrtrollen, 1.50 Mk. **Vorstenlanden,** hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. **Nur streng reelle Bedienung.**

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14.

Java-Sumatra-Decken

mit schönen hellbraunen Farben und gutem Brande

Nr. 5966 à 2.80 } pr Pfd.
Nr. 5967 à 2.50 } verzollt.

Ewalds Märchen. Gebunden 1.50 Mk. **Volksbuchh., Leipzig.**

Amk. Grus **sehr rein,** à 38, offeriert **Jul. Hecht, Breslau 6.**

Wer fabriziert

Mexiko-Zigarren

grau bis dunkel, billigst? Offerten mit Schiffchenabdrücken oder Probe und Preis an **Ernst Rose, Stettin,** Martinstraße 14.

Unterzeichneter ersucht um Mitteilung, ob die Wickelmacherin **Susanna Schäfer** noch in **Dillenburg** (Hessen-Nassau) ist. **Karl Peschmann,** 2. Bevollmächtigter, **Uslar.**

Todes-Anzeigen.

Am 17. Dezember verstarb das Mitglied **Emil Baer** nach langem schwerem Leiden an der Berufskrankheit.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Posen.

Nachruf.

Am 21. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied **Heinr. Walpert** aus **Ober-Herdau** im Alter von 40 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am 22. Dezember starb das Mitglied **Ernst Aug. Kracke** im 66. Lebensjahre. Ruhe sanft!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Scharmbeck.

Am 28. Dezember starb plötzlich infolge Herzschlags unser Mitglied **Bernh. Caspelher** aus **Spradow** im Alter von 49 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Spradow.

Briefkasten.

Vereins-Inserate müssen gestempelt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

R. P., Uslar 50 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 1. Sonntag, den 5. Januar 1908

Gewerkschaftskonferenz.

Die Vorstände resp. Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands hielten am 16. und 17. Dezember in Berlin ihre fünfte Konferenz ab. Sie war, wie das Correspondenzblatt berichtet, ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. An erster Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalkommission im Auftrage des Gewerkschaftskongresses veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, deren Wirksamkeit von den Gewerkschaften ein stetig wachsendes Interesse entgegengebracht wird. Diese Kurse waren zunächst auf die Dauer von vier Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwangen zu einer Erweiterung der Dauer auf 5 Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde noch als zu knapp empfunden und eine Ausdehnung auf 6 Wochen befürwortet, der die Zentralvorstände zustimmten. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen gewährten Diäten einheitlicher zu gestalten, und wurde ein Diätensatz von 5 Mk. pro Tag nebst einer Wohnungsentschädigung von 30 Mk. pro Monat für die in Frage kommenden Verhältnisse als angemessen bezeichnet. Endlich wurde die Generalkommission beauftragt, den Teilnehmern an den Unterrichtskursen die zum Weiterstudium notwendigen Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Die Regelung der Diäten der in Berlin ansässigen Kursusteilnehmer wurde den Organisationen überlassen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend gewürdigt und die Möglichkeiten einer wirksamen Organisation erwogen wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen.

Hinsichtlich der Maifeier hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten im Einvernehmen mit der Partei am besten durchführen lasse. Den seitens der Generalkommission unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und beauftragte die Generalkommission, mit dem Parteivorstand das weitere zu regeln.

Die Frage der Jugendorganisation, die bereits frühere Konferenzen beschäftigt hatte, soll nach einem Beschlusse der Konferenz auf die Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg gestellt werden.

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe waren Anregungen gegeben worden, die auf eine Weiterentwicklung der in Köln (1905) beschlossenen Resolution, betr. Streikunterstützung, hinzielten. Die auf der Vorständekonferenz darüber gepflogenen Erörterungen gelangten zu dem Beschlusse, von einer Aenderung dieser Resolution Abstand zu nehmen.

Auf dem Gebiete der Ausgestaltung der Gewerkschaftsstatistiken sind Neuerungen vorgesehen, die für die praktische Gewerkschaftsarbeit von weittragender Bedeutung sind. Da soll zunächst der bereits von der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeregten Statistik über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern, Berufen und Orten nähergetreten werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung dieser Aufgabe ergaben, veranlaßten die diesjährige Konferenz in Christiania, die Ausführung dieses Beschlusses wieder fallen zu lassen. Der praktische Nutzen einer solchen Erhebung für die Gewerkschaften ist aber ein so wesentlicher, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaften ihre Durchführung bereits vor Jahresfrist zugesagt hatten und auch jetzt noch daran festhielten. Diese einheitliche Erhebung wird nicht allein für die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der tariflichen Arbeitszeitregelung eine zuverlässige Grundlage der Beurteilung der vorhandenen Zustände ergeben, sondern auch der Propaganda für die gesetzliche Arbeitszeitregelung zum Stützpunkt dienen können.

Eine fortlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge und ihres sachlichen Inhalts will das Statistische Amt der Reichsregierung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften aufnehmen. Obwohl eine solche Erhebung bedeutende Ansprüche an die Arbeitskräfte der Gewerkschaften stellt, sagten die Gewerkschaftsvorstände dem Statistischen Amte ihre Mitarbeit zu.

Auch die Streikstatistik der Gewerkschaften soll in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren. Um alle bei der Durchführung dieser statistischen Aufgaben entstehenden Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgestaltung des Erhebungsmaterials leichter zu beheben, wurde eine aus Vertretern der größeren berufsverwandten Industriegruppen gewählte Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit der Generalkommission zunächst die Fragebogen einer Prüfung unterziehen soll.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulichem Aufschwung begriffen, leider aber infolge mangelnder geschäftlicher Verbindungen vielfach noch vom buchhändlerischen Markt ausgeschlossen ist. Es ist für Kreise, die den Gewerkschaften nicht sehr nahe stehen, mitunter sehr schwer, gewerkschaftliche Berichte, Statistiken, Protokolle oder Quellenwerke zu erhalten, die besonders für die soziologische Wissenschaft von Wert sind. Um den Anschluß aller Gewerkschaften, die eigene Literatur veröffentlichen, an den deutschen Buchhandel zu bewirken, empfahl die Generalkommission den Vorständen, einen Teil der Auflage ihrer Schriften der Verlagsbuchhandlung Vorwärts in Berlin in Kommissionsverlag zu geben, die den Vertrieb unter günstigen Bedingungen übernehmen will. Diese Anregung fand bei den Gewerkschaftsvorständen allseitige Zustimmung.

Bei der Erörterung des Standes der Gewerkschaftsliteratur wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die Generalkommission möge ein Geschichtswerk über die früheste Gewerkschaftsentwicklung zunächst abschließend mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, herausgeben. Die Generalkommission sagte die Erwägung dieser Anregung zu.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Vereinsgesetzes wurde einer Erörterung unterzogen und dabei festgestellt, daß derselbe zwar mancherlei Erleichterungen bringt und daß die reichseinheitliche Regelung dieser Materie ein Fortschritt sei, aber doch auch durch eine Reihe reaktionärer Vorschriften die Arbeit der Gewerkschaften ganz erheblich gefährde. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter waren einstimmig der Meinung, daß, solange nicht diese Einschränkungen der freien Vereins- und Versammlungstätigkeit aus der Vorlage ausgeschieden seien, dieser Entwurf bekämpft werden müsse.

Den Rest der Verhandlungen bildete eine Reihe geschäftlicher Fragen, wie die Behandlung von Aufrufen zur Gründung und Unterstützung von Genossenschaften und zum Bau von Gewerkschaftshäusern, wobei die Vorstände der seitherigen Praxis der Generalkommission, derartige Aufrufe nur dann im Korr.-Bl. zu veröffentlichen, wenn die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften dazu ihre Zustimmung gegeben haben, durchaus beipflichteten.

Hinsichtlich der Berichterstattung der Tagespresse über Kongresse und Verbandstage der Gewerkschaften konnte die Konferenz der Anregung des Vorstandes des Vereins der Arbeiterpresse, am Schlusse eines jeden Verhandlungstages durch den Protokollführer bezw. einen der anwesenden Berichterstatter einen kurzen Auszug der Arbeiterpresse auf Kosten des Verbandes zugehen zu lassen, nicht folgen. Man trug Bedenken, die Verantwortung für derlei Berichte auf den Verband zu übernehmen. Dagegen soll versucht werden, das von der Partei in Aussicht genommene Nachrichtenbureau auch für die rasche Verbreitung zuverlässiger gewerkschaftlicher Mitteilungen, besonders bei Streiks und Aussperrungen, in Anspruch zu nehmen.

Angesichts des Umstandes, daß der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Uebereinstimmung mit dem Genossenschaftstag die seitens des Kölner Gewerkschaftskongresses aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften an die Konsumvereine nur als einseitige Anregungen betrachtet, die so lange der Bindekraft ermangeln, als sie nicht durch beiderseitige Vereinbarungen festgelegt sind, beauftragt die Konferenz die Generalkommission, bis zum nächstjährigen Kongreß solche Vereinbarungen mit der Zentralleitung der Konsumvereine herbeizuführen.

Die nächste Konferenz soll die Frage der Kostendeckung bei Rechtsschutzfällen in strittigen Gewerkschaftsgebieten prüfen und ferner Maßregeln zur Durchführung des Kölner Beschlusses, betr. Gewerkschaftskartelle, die gegen die den letzteren fernbleibenden oder von ihnen ausscheidenden Gewerkschaftsfilialen zu unternehmen seien, in Erwägung ziehen.

Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg aufgestellt. Ihre Veröffentlichung bleibt der Generalkommission überlassen.

Ein ungenügendes Flickwerk.

I.

Der neueste Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung", ist die Antwort der Regierungen auf die so oft gestellte Frage, wann endlich eine planmäßige Weiterführung unsrer Arbeiterschutzgesetzgebung erfolgen soll. Die letzte allgemeine Reform des Titels 7 der Gewerbeordnung, der bekanntlich die Arbeiterschutzbestimmungen umfaßt, ist im Jahre 1890/91 erfolgt. Und diese Reform war so ungenügend, daß die damalige sozialdemokratische Fraktion im Reichstage sich veranlaßt sah, gegen das neue Gesetz zu stimmen. Unsre Genossen hatten sich zwar im Reichstage bemüht, durch zweckmäßige Verbesserungsanträge die Vorlage so weit umzuändern, daß sie wenigstens einigermaßen den damaligen Bedürfnissen entsprochen hätte. Unter den Anträgen befand sich auch der gesetzlich festzulegende Maximalarbeitstag für alle Arbeiter und die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Heimarbeit. Wie gewöhnlich aber wurden die Anträge der Sozialdemokraten von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags niedergestimmt. —

Seit dem Jahre 1891 sind in unserm Wirtschaftsleben ganz bedeutende Aenderungen eingetreten. Das Großkapital hat eine für die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse entscheidende Machtstellung erlangt. Der Gegensatz zwischen den Unternehmern und den Arbeitern hat sich verschärft. Die Arbeiter, deren Zahl gewaltig angewachsen ist, und deren Organisationen erstarkt sind empfinden die vielen Mißstände bei ihrer Arbeit im Großwie im Kleinbetriebe, in der eigentlichen Fabrik wie im Handwerk, Handelsgewerbe, Baugewerbe und in der Landwirtschaft als eine unerträgliche Vergewaltigung. Alle diese Arbeitergruppen erstreben daher mit immer größerem Nachdruck solche Schutzgesetze, wie sie durch die wirtschaftliche Entwicklung notwendig geworden sind. Außerdem hat die Erfahrung gezeigt, daß eine zweckmäßige Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes ohne eine einheitliche und durchgreifende Mitwirkung der beteiligten Arbeiter gar nicht möglich ist. Diese Mitwirkung der Arbeiter durch die Einrichtung von Arbeiterkammern zu organisieren, ist daher ebenfalls eine dringende Aufgabe der Arbeiterschutzgesetzgebung. Demgemäß ergeben sich als Zielpunkte für die jetzt endlich zur Ausführung zu bringende Reform unsrer Arbeiterschutzgesetzgebung: 1. die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf alle Arbeiter, 2. die Erweiterung der einzelnen Schutzbestimmungen entsprechend den bestehenden sozialen Verhältnissen, und 3. Aufbau einer zweckmäßigen Organisation zur Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes.

Der vorliegende Entwurf ist in bezug auf die beiden ersten Zielpunkte ganz ungenügend; an die dritte Aufgabe haben sich die Verfasser des Entwurfs überhaupt nicht herangewagt, obgleich selbst der schönste Arbeiterschutz nicht viel wert ist, wenn er nicht richtig durchgeführt wird.

Die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf alle Arbeiter konnte der Entwurf schon deshalb nicht bringen, weil er sich auf die Abänderung des Titels 7 der Gewerbeordnung beschränkt und sich demgemäß nur auf die „gewerblichen" Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung bezieht. Hiernach sind ohne weiteres selbst so große und wichtige Gruppen der Arbeiter, wie die Landarbeiter, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Privatbeamten von dem neu zu beschließenden gesetzlichen Schutz ausgenommen. Außerdem sind selbst von jenen „gewerblichen" Arbeitern solche Gruppen, wie die der Bauarbeiter, Seeleute usw. nicht den Bestimmungen des Titels 7 der Gewerbeordnung unterstellt. Daher muß für eine wirklich zeitgemäße Reform unsrer Arbeiterschutzgesetzgebung ein andrer Weg eingeschlagen werden. Der Titel 7 der Gewerbeordnung sollte durch ein besonderes allgemeines Arbeiterschutzgesetz ersetzt werden, das „die Verträge, durch welche jemand sich verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines andern gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden", einheitlich regelt. Diese Forderung hat der Reichstag bereits am 11. Dezember 1896 einstimmig angenommen. Trotzdem finden wir in der Begründung des Entwurfs nicht ein einziges Wort darüber, weshalb dem einstimmigen Beschluß des Reichstags auch jetzt noch keine Folge gegeben werden soll.

Die ablehnende Haltung der Regierungen beweist, daß die maßgebenden Kreise eine Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf weitere Kreise der Arbeiter so lange wie nur irgend möglich zu verhindern suchen. Hieran ändert auch nichts der Umstand, daß der Entwurf einen neuen Titel 7a mit Schutzbestimmungen für die Hausarbeit in die Gewerbeordnung einfügt. Die Schutzbestimmungen sind sogar im Vergleich mit dem Inhalt des Titel 7 der Gewerbeordnung so minimal, und ihre Durchführung ist überdies ganz dem Belieben des Bundesrats und der Polizeibehörden überlassen, daß von einem einheitlichen Recht für die Fabriken und die Hausindustrie nicht die Rede sein kann.

Dazu kommt die Art und Weise, wie nach dem Entwurf „der Geltungsbereich" der Schutzvorschriften des Titels 7 der Gewerbeordnung „klarer als bisher abgegrenzt werden" soll. Mehrere dieser Schutzbestimmungen stehen gegenwärtig unter der Ueberschrift „Verhältnisse der Fabrikarbeiter" und finden nur auf Fabriken Anwendung. Welche Betriebe aber als Fabriken im Sinne des Titels 7 der Gewerbeordnung zu gelten haben, wird in dem Gesetz nicht bestimmt. Die Entscheidung ist also den Gerichten überlassen. Die verschieden gestalteten und sich stetig verändernden Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens machen es jedoch unmöglich, den Begriff der Fabrik ein- für allemal so zu bestimmen, daß er stets maßgebend sein kann. Die Folge davon ist, daß darüber, ob der einzelne Betrieb als Fabrik im Sinne der Gewerbeordnung zu gelten hat, oft genug Unklarheit herrscht. Diese Unklarheit soll nach dem Entwurf beseitigt werden. Zu dem Zweck schlagen die Regierungen vor, von der Unterscheidung, ob ein Betrieb als eine Fabrik anzusehen ist oder nicht, ganz Abstand zu nehmen und einzig und allein — abgesehen von vereinzelten Ausnahmen — die Zahl der beschäftigten Arbeiter maßgebend sein zu lassen. Der Entwurf bringt daher die hier in Betracht kommenden Schutzvorschriften unter der Ueberschrift: Bestimmungen für alle Betriebe, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden.

Die Bestimmungen beziehen sich auf die Beschäftigung von Kindern und Arbeiterinnen über 16 Jahre. Kinder unter 13 Jahre dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder über 13 Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden. Dann folgt das Verbot der Nachtarbeit und die Regelung der Pausen für die Kinder. dann das Verbot der Nachtarbeit und die Festsetzung des vom 1. Januar 1910 in Geltung tretenden 10stündigen Maximalarbeitstags für Arbeiterinnen über 16 Jahre.

Diese Bestimmungen können ohne weiteres auch auf die kleinsten Betriebe angewendet werden. Ja, das müßte unbedingt geschehen, wenn wirklich die Rücksicht auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiter in erster Linie stünde. Denn, ob die beschäftigten Kinder und Arbeiterinnen in ihrer Gesundheit durch eine gewissenlose Ausbeutung in den Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern oder in kleineren Betrieben geschädigt werden, darauf kommt es doch nicht an. In beiden Fällen sind Schutzgesetze notwendig. Ja, mitunter können solche gerade in den kleineren Betrieben am wenigsten entbehrt werden, weil in ihnen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen noch schlechter und damit die Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter noch größer sind, als in den größeren Betrieben. Also auch hier erweist sich der Entwurf als ein ungenügendes Flickwerk.

Kinderarbeit in der amerikanischen Tabak- und Zigarrenindustrie.

Das statistische Amt der amerikanischen Bundesregierung zu Washington gab vor kurzem einen Bericht über den Umfang der Kinderarbeit heraus, welcher auf den Ergebnissen der Berufszählung von 1900 beruht* und mancherlei wichtige Tatsachen enthält. Im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten waren 1 752 187 Kinder zwischen dem vollendeten 10. und dem 16. Jahre erwerbstätig, sei es, daß sie durch regelmäßige Arbeit Geld verdienten, zum Unterhalt der Familie beitrugen, oder im Gewerbe oder in der Landwirtschaft nennenswerte Mithilfe leisteten. Angaben betreffend Alter, Geschlecht, Beruf, Abstammung usw. werden nur für die im Hauptlande der Vereinigten Staaten beschäftigten 1 750 178 Kinder gemacht, unter welchen sich 1 264 411 Knaben und 485 767 Mädchen befanden. Von den Knaben waren 105 580 (8,3 Proz.) 10 Jahre alt, 119 628 (9,5 Proz.) 11 Jahre, 163 649 (12,9 Proz.) 12 Jahre, 196 830 (15,6 Proz.) 13 Jahre, 289 655 (22,9 Proz.) 14 Jahre und 389 069 (30,8 Proz.) 15 Jahre. — Von den Mädchen waren 36 525 (7,5 Proz.) 10 Jahre alt, 39 150 (8 Proz.) 11 Jahre, 57 664 (11,9 Proz.) 12 Jahre, 71 597 (14,8 Proz.) 13 Jahre, 117 046 (24,1 Proz.) 14 Jahre und 163 785 (33,7 Proz.) 15 Jahre. — Ueber eine Million Kinder waren in landwirtschaftlichen Berufen erwerbstätig, 688 207 in der Industrie, im Bergbau, Handel, Verkehr, in der persönlichen und häuslichen Dienstleistung usw. Von den einzelnen Industrien zeichnen sich durch eine große Zahl erwerbstätiger Kinder aus: Die Textilindustrie mit 82 004, die Bekleidungs- und Putzindustrie mit 35 070, die Metallindustrie mit 23 371, die Holzindustrie mit 11 920, sowie die Tabak- und Zigarrenindustrie mit 11 462 erwerbstätigen Kindern (5090 Knaben und

* Child Labor in the United States. — Washington 1907: Government Printing Office. (200 Seiten.)

6372 Mädchen), die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.

In den folgenden Zeilen soll die Kinderarbeit in der Tabak- und Zigarrenindustrie näher behandelt werden, wobei vor allem zu bemerken ist, daß in dieser Industrie insgesamt 131 452 Arbeiter tätig waren (87 955 männlichen und 43 497 weiblichen Geschlechts); davon entfielen auf die Staaten: Neuyork 26 269 (von den Kindern allein 1171), Pennsylvanien 24 852 (von den Kindern 2466), Ohio 10 330 (von den Kindern 886), Virginien 8329 (von den Kindern 1051), Illinois 7349 (von den Kindern 472), Kentucky 5999 (von den Kindern 812)), Florida 5560 (von den Kindern 269), Nord-Karolina 5504 (von den Kindern 931), Missouri 4955 (von den Kindern 515), Michigan 4345 (von den Kindern 677). In keinem andern Bundesstaate waren 4000 oder mehr Arbeiter in der Tabak- und Zigarrenindustrie erwerbstätig.* Das Verhältnis der Arbeiterzahl überhaupt zur Zahl der erwerbstätigen Kinder ist von Staat zu Staat verschieden; so fällt z. B. auf, daß sich in Neuyork nur etwa 2000 Tabak- und Zigarrenarbeiter mehr befanden als in Pennsylvanien, und doch waren unter der Gesamtzahl in dem letztgenannten Staat mehr wie doppelt so viele Kinder als in Neuyork. Anderseits nimmt Ohio in bezug auf die Arbeiterzahl überhaupt den dritten Rang unter den Staaten ein, in bezug auf die Zahl der Kinder erst den fünften. Neuyork und Ohio haben aber auch viel besser für die Durchführung ihrer Arbeiterschutzgesetze gesorgt als Pennsylvanien, wo zudem die Gewerkschaftsbewegung verhältnismäßig noch schwach ist. Aehnlich verhält es sich in Nord-Karolina, wo nur um ein Zehntel mehr Arbeiter tätig waren als in Missouri, während die Zahl der Kinder nahezu doppelt so groß ist. Am unbedeutendsten ist die Kinderarbeit in der Tabak- und Zigarrenindustrie im Staate Massachusetts, wo von 2774 Arbeitern nur 44 zehn- bis fünfzehn Jahre alt waren. In dem benachbarten Connecticut waren unter 1189 Arbeitern 40 Kinder. — Der Umfang der Kinderarbeit hängt nicht bloß von dem Bestande und der Wirksamkeit der Schutzgesetzgebung, sondern auch von dem örtlich differierenden Charakter der Industrie ab, der in Neuyork, wo große Mengen Zigarren und Zigaretten erzeugt werden, ein anderer ist als in Nord-Karolina und andern Südstaaten mit beträchtlicher Kinderarbeit, wo hauptsächlich Kau-, Schnupf- und Rauchtabake fabriziert werden.

Von allen Tabak- und Zigarrenarbeitern waren 8,7 Prozent Kinder, von den männlichen Arbeitern 5,8 und von den Arbeiterinnen 14,6 Prozent. In einigen Staaten bilden unter den Arbeiterinnen die Mädchen von 10 bis einschließlich 15 Jahren einen sehr hohen Prozentsatz, nämlich in Michigan 32 Proz., in Neujersey und Louisiana 26 Proz., in Wisconsin, Maryland und Indiana 21 Proz., in Pennsylvanien, Illinois, Kentucky und Missouri 17 Proz usw. Die Knaben bilden nur in Nord-Karolina, Virginien und Kentucky mehr als 10 Proz., überall sonst weniger als 10 Prozent aller männlichen Arbeiter. In den Nordstaaten sind in der Regel mehr Knaben als Mädchen in der Tabak- und Zigarrenfabrikation tätig, während in den Süd- und Weststaaten gewöhnlich das Umgekehrte der Fall ist.

Unter sonst gleichen Umständen wird die gewerbliche Beschäftigung bei Kindern in sehr jugendlichem Alter viel schädlicher auf die körperliche Entwicklung und die Gesundheit einwirken, als bei älteren Kindern; deshalb ist es von Interesse, die Altersschichtung der in der amerikanischen Tabak- und Zigarrenindustrie erwerbstätigen Kinder zu betrachten. Es standen im Alter von: 10—11 Jahren 167 oder 1,5 Proz., 11—12 Jahren 283 oder 2,5 Proz., 12—13 Jahren 583 oder 5,1 Proz., 13—14 Jahren 1595 oder 13,9 Proz., 14—15 Jahren 3477 oder 30,3 Proz., 15—16 Jahren 5357 oder 46,7 Proz. Von den Knaben allein waren nur etwas über 40 Proz., von den Mädchen allein die Hälfte, 15 aber noch nicht 16 Jahre alt. In den nordatlantischen Staaten kamen 82,2 Proz. der Kinder auf die Altersklassen vom vollendeten 14. bis zum 16. Jahre, in den nördlichen Zentralstaaten sogar 87,3 Proz., dagegen waren in den südatlantischen Staaten nur 60,1 Proz., in den südlichen Zentralstaaten 68,2 Proz. der in der Tabak- und Zigarrenindustrie erwerbstätigen Kinder 14 Jahre alt oder älter. Im Süden ist die frühzeitige Beschäftigung der Kinder teils dem Mangel ausreichender Kinderschutzgesetze, anderenteils der wirtschaftlichen Notlage der dort ansässigen Negerbevölkerung zuzuschreiben. Die Neger schicken verhältnismäßig viele Kinder in die Tabakfabriken, wogegen in den meisten anderen Industrien des Südens, besonders in der Textilindustrie, bloß wenige Negerkinder erwerbstätig sind. (In den Baumwollfabriken der Südstaaten waren 28 023 Kinder beschäftigt, darunter 123 Negerkinder — kaum ½ Proz.) Von allen in den Tabak- und Zigarrenfabriken arbeitenden Kindern waren 1776 oder 15,5 Proz. Neger; davon kamen auf die südatlantischen Staaten 1455, welche 52,5 Proz. der in dieser Staatengruppe beschäftigten Kinder bildeten. Vom Auslande eingewandert waren 1844 Kinder oder 16,1 Prozent der Gesamtzahl. Alle anderen waren gebürtige Amerikaner europäischer Herkunft. Von den Negerkindern hatten 246, von den weißen Kindern 204 das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet.

Ein Vergleich des Umfanges der Kinderarbeit in der Tabak- und Zigarrenindustrie im Jahre 1900 mit früheren Jahren ist aus dem Grunde erschwert, weil 1890 die Altersgrenze der Kinder mit dem vollendeten 14. Jahr angesetzt war, 1880 (wie 1900) mit dem vollendeten 15. Jahr. Dennoch soll der Vergleich durchgeführt werden, was in der folgenden Tabelle geschieht:

Jahr und Arbeiterkategorie	Zahl aller Tabak- und Zigarrenarbeiter	Davon waren Kinder	
		Zahl	Prozent
1880: Alle Arbeiter . .	77 045	6 176	8,0
Männliche Arbeiter	66 177	4 490	6,7
Arbeiterinnen . .	10 868	1 686	15,5
1890: Alle Arbeiter . .	111 625	5 270	4,7
Männliche Arbeiter	83 634	3 132	3,7
Arbeiterinnen . .	27 991	2 138	7,6
1900: Alle Arbeiter . .	131 452	11 462	8,7
Männliche Arbeiter	87 955	5 090	5,8
Arbeiterinnen . .	43 497	6 372	14,6

* Ueber 100 Kinder waren in 17 Staaten in der Tabak- und Zigarrenindustrie erwerbstätig.

Im Jahre 1900 bildeten die Kinder einen etwas höheren Prozentsatz aller Arbeiter als vor 20 Jahren (8,7 gegen 8 Proz.). Werden die im Jahre 1900 gezählten 6105 zehn- bis inklusive vierzehnjährigen in Betracht gezogen und mit der Zahl der im Jahre 1890 im gleichen Alter stehenden Kinder verglichen, so ergibt sich ein Rückgang des relativen Umfanges der Kinderarbeit um ein Zehntel eines Prozents — was praktisch bedeutungslos ist.

Der amerikanische Zigarrenmacherverband hat an der Agitation für die Kinderschutzgesetze und an der Bekämpfung der Kinderarbeit regen Anteil genommen; doch bestehen speziell in den Südstaaten noch arge Uebelstände, die beseitigt werden müssen. Dies zu erstreben, bildet eine der vornehmlichsten Zukunftsaufgaben der Organisation.

F.

1¼ Millionen Fabrikarbeiterinnen.

Die Frau gehört ins Haus! Mit solcher abgedroschenen Phrase wehren sich die diversen Rückwärtsler gegen die wirtschaftliche und politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Daß der Ablehnungsgrund Phrase ist, das beweist die Statistik. Die Zahl der Fabrikarbeiterinnen nimmt rasend zu. Immer mehr Frauen und Mädchen werden in das Erwerbsleben hineingestoßen, müssen den Weg zur Fabrik suchen, müssen ihre Arbeitskraft in den Dienst industrieller Gewinnmacherei stellen. Im Jahre 1906 nahm die Zahl der Fabrikarbeiterinnen um 64 070 zu und stieg damit auf 1 245 843. An dieser Steigerung sind alle Altersgrade beteiligt, wie aus der folgenden Gegenüberstellung ersichtlich ist. Es wurden beschäftigt:

Arbeiterinnen	1904	1905	1906
über 21 Jahre alt . .	608 950	633 918	668 820
von 16—21 Jahre alt .	379 179	406 829	426 200
von 14—16 Jahre alt .	127 484	135 673	145 325
unter 14 Jahre alt . .	4 100	4 474	4 619
Insgesamt	1 119 713	1 180 894	1 244 964

Zu der Gesamtsumme kommen noch 879 Arbeiterinnen im Herzogtum Braunschweig, für welche die Altersstufen nicht angegeben sind.

In welchem Verhältnis die einzelnen Altersstufen an der Zunahme in den letzten zwei Jahren beteiligt sind, zeigt diese Zusammenstellung:

	Arbeiterinnen					
Zunahme in 1906 gegen 1904	über 21 Jahre alt	16—21 Jahre alt	14—16 Jahre alt	unter 14 Jahre alt	unter 16 Jahre alt	insgesamt
Absolut . .	59 870	47 021	17 841	519	18 360	125 251
In Prozent	9,83	12,40	14,0	12,41	13,95	11,18

Also in den jüngsten Altersstufen ist die relative Zunahme am allergrößten. Das ist eine bemerkenswerte Erscheinung. Der kapitalistische Hunger nach jungem Menschenfleisch wächst! Wie die obigen Zahlen ergeben, sind im letzten Jahre 149 944 Arbeiterinnen unter 16 Jahre alt, im Lande der Kämpfer für Erhaltung der Aschenbrödelstellung der Frau, in Fabriken beschäftigt gewesen. Und unter dieser Schar befanden sich 4619 weibliche Kinder! Im Lande der berühmten Sozialpolitik werden in steigendem Maße Kinder in die Fabriken gestoßen, dem gewinnlüsternen Kapital überantwortet! Und da stellen sich die Priester der kapitalistischen Religion hin und erklären: Wir brauchen keine Rechte für das weibliche Geschlecht! Dieselben Phraseure, die pathetisch versichern, sie wollten die Nation stark und groß machen, schimpfen auf die, die energischen Schutz für die Trägerinnen eines jeden Volksstammes, für die Mütter des Nachwuchses verlangen. Kinder, die schon in der Vorreife als kapitalistische Ausbeutungsobjekte mißbraucht werden, können unmöglich gesunde Kinder, gesunde Mütter werden. Kinder gehören nicht in die Fabrik, ganz besonders weibliche Kinder nicht; die gehören ins Haus. Aber die salbungsvollen Hüter der Heiligkeit des Familienlebens, sie wollen von Einschränkung der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft nichts wissen, sie wollen diese wehrlos und ausbeutungsfähig erhalten. Und das nennt sich Christentum und Erhalter der — göttlichen Weltordnung!

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Hamburg. Die Lohnbewegung in Hamburg und Umgegend, über die schon mehrfach berichtet wurde, hat so ziemlich ihren Abschluß gefunden. Die Lohnzulagen, die in 25 Betrieben, in welchen 2823 Personen, darunter 513 weibliche, beschäftigt werden, bewilligt wurden, betragen 50 Pfg. bis 8 Mk. pro Mille oder durchschnittlich pro Mille 50 Pfg. bis 2 Mk.

Man wird nun ein besonderes Augenmerk auf jene versteckt wohnenden kleinen Zigarrenfabrikanten richten müssen, um auch diese, die für gewöhnlich gerade nicht die besten Löhne zahlen, zu veranlassen, annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren.

Bautzen. Die Firmen Klemm u. Lorenz und Geibel u. Koch bewilligten, nachdem die Arbeiter vorstellig geworden waren, Lohnzulagen für Zigarrenmacher und Wickelmacher.

Im Streik befinden sich die Kollegen in Neumarkt bei den Firmen Birke und bei Strauß (14. Gau), bei der Firma Lindemann in Driesen (15. Gau), in Creuzburg bei der Firma Bruns (11. Gau), in Neufreistett bei der Firma Fritz Gründler (9. Gau), in Pfungstadt bei der Firma Wolff (7. Gau).

Der Zuzug ist nach diesen Orten resp. Betrieben streng fernzuhalten. Ebenso ist der Zuzug fernzuhalten nach Ronneburg, Firma K. Zein (11. Gau), nach Striegau bei der Firma W. Hänsch (14. Gau) und nach Frankfurt a. M.

Emmerich. Die Differenzen in den hiesigen Firmen sind zugunsten der Arbeiter erledigt. In einer stattgefundenen Verhandlung wurde eine Lohnerhöhung, sowie die Regelung der Mißstände, welche die Ursachen der Differenzen waren, zugestanden. Die Fabrikanten hatten bekanntlich eine Aussperrung unsrer Verbandskollegen angedroht, lediglich zu dem Zwecke, um die Arbeiter einzuschüchtern und mürbe zu machen. Die Herren haben aber den besseren Teil erwählt, indem sie eingesehen haben, daß in Theorie und Praxis ein Unterschied ist, ihnen eine Aussperrung nur den größten Schaden zugefügt hätte, sintemalen zur Erzeugung von Profit eben Arbeitskräfte nötig sind.

Denzlingen. Der Streik ist beendet. Bericht folgt.

Zur Lohnbewegung der Tabakarbeiter, Gau I. Die Firma Weiszflog u. Fischer, Hamburg, erhöhte eine Sorte um 2 Mk., drei Sorten um 1 Mk. und elf Sorten um 50 Pfg. pro Mille. Scheer u. Krogmann, Hamburg, erhöhten eine Sorte um 2 Mk. und eine Sorte um 1 Mk. pro Mille. Eduard Loewenwald u. Co. bewilligten auf sieben Sorten 1 Mk. und auf drei Sorten 50 Pfg. pro Mille. S. Dessau, Hamburg, Reeperbahn 38/39, besserte eine Sorte mit 8 M., eine Sorte mit 6 Mk., eine Sorte mit 4 Mk., eine Sorte mit 3 Mk., zwei Sorten mit 2 Mk., fünf Sorten mit 1 Mk. und vier Sorten mit 50 Pfg. pro Mille auf. Karl Kindt, Hamburg, Nagelsweg 97, erhöhte eine Sorte um 1 Mk. und drei Sorten um 50 Pfg. pro Mille. Bei Brasil-Deckblatt 1 Mk. resp. 1.50 Mk. pro Mille mehr. O. L. Petersen, Altona, erhöhte vier Sorten um 50 Pfg. pro Mille. Daston Pückler, Altona-Ottensen, besserte eine Sorte mit 1.50 Mk., sechs Sorten mit 1 Mk. und drei Sorten mit 50 Pfg. pro Mille auf. Von auswärtigen Bewegungen im Gau I ist zu berichten, daß Unterhandlungen mit den drei Fabrikanten in Wittenburg i. M. eingeleitet sind. In Hagenow i. M. wurde eine Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiterverbands gegründet. — Vorgekommene Differenzen mit Hausarbeitern gaben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß denselben von dem Arbeitslohn, welchen der Fabrikant zahlt, nur 25 Prozent zustehen, der Arbeitslohn des Hilfsarbeiters also mindestens 75 Prozent betragen muß. In zweifelhaften Fällen lasse sich der Hilfsarbeiter das Ablieferungsbuch des Hausarbeiters zeigen oder wende sich an den Gauleiter.

Gleichfalls sei auf den vorjährigen Beschluß der hiesigen Ortsverwaltungen hingewiesen, nach welchem den Hausarbeitern von den Lohnerhöhungen ebenfalls nur 25 Prozent gebühren.

Rudolf Hackelberg, Gauleiter.
Altona-Ottensen, Große Rabenstraße 14, I.

Aus den Gewerkschaften. Der Buchbinderverband steigerte im dritten Quartal seine Mitgliederzahl auf 21 489 oder um 865 Mitglieder. Das Vermögen der Hauptkasse belief sich auf 72 014.69 Mk. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im Laufe des Quartals 24 724.25 Mk. an 1240 Mitglieder für 23 843 Tage verausgabt. — Aus den Jahresberichten der Gau- und Bezirksorganisationen des Buchdruckerverbands für 1906 bringt der Korrespondent eine Zusammenstellung, die bezüglich der Unterstützungseinrichtungen und sonstigen Finanzgebarung der lokalen Organisation neben den ordentlichen Einrichtungen des Verbands einen recht interessanten Einblick gewährt. Demnach sind in den letzten acht Jahren nicht weniger als 6 085 884 Mk. aus lokalen Mitteln für gewerkschaftliche und Unterstützungszwecke verausgabt worden. Wie sich diese auf die verschiedenen Jahre verteilen, zeigen folgende Zahlen über die laufenden Ausgaben für:

Jahr	Arbeitslose Mk.	Kranke Mk.	An andere Arbeiter Mk.	Gesamtausgaben Mk.
1898	107 762	56 688	7 838	391 977
1899	105 862	71 090	21 750	475 785
1900	85 922	77 486	11 712	504 045
1901	184 914	106 935	17 681	602 414
1902	205 252	98 616	11 203	715 274
1903	194 122	96 474	60 499	772 522
1904	189 783	118 329	23 290	809 049
1905	164 112	127 148	67 408	888 617
1906	156 075	120 531	64 106	926 201
	1 393 804	873 297	285 487	6 085 884

Das Vermögen der lokalen Kassen betrug am Jahresschluß 1906 2 167 551 Mk. oder 361 387 Mk. mehr als im Jahre zuvor. — Der Gemeindearbeiterverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 25 450 Mitglieder, gegen 24 832 im vorhergehenden Quartal. Das Verbandsvermögen betrug 231 667.22 Mark. Die Ausgaben für Agitation und Lohnbewegungen beliefen sich im Quartal auf 16 042.68 Mk. — Der Hoteldienerverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 3206 Mitglieder. Das Verbandsvermögen betrug 38 842.14 Mk. — Der Hutmacherverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 6941 Mitglieder. Das Vermögen der Hauptkasse belief sich auf 157 331.67 Mk. — Der Verband der Kürschner schloß das dritte Quartal mit einem Mitgliederbestande von 2361 und einem Vermögensbestande von 27 902.54 ab. — Die Mitgliederzahl des Verbands der Stukkateure betrug am Schlusse des dritten Quartals 8535. Das Gesamtvermögen belief sich auf 167 728.18 Mk. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist daraus zu ersehen, daß 13 523 Arbeitslosenmarken im Quartal ausgegeben wurden. An Streikunterstützung wurden 19 976.31 Mark verausgabt. — Das Organ des Verbands der Tapezierer veröffentlicht bereits eine Zusammenstellung der vom Verbande in diesem Jahre geführten Lohnbewegungen und Streiks. In 82 Orten wurden Lohnbewegungen geführt; davon kam es in 12 Orten zum Streik. Ferner wurden Abwehrbewegungen geführt in 5 Orten, so daß die Gesamtzahl der von Lohnbewegungen und Streiks betroffenen Orte 37 beträgt. Die Angriffsstreiks erstreckten sich auf 1369 Betriebe mit 4185 Beschäftigten. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 2974 Stunden pro Woche für 3768 Beteiligte, und eine Lohnerhöhung von 8589 Mk. pro Woche für 3768 Beteiligte. Das Gesamtresultat sämtlicher Bewegungen, soweit die Feststellungen gemacht werden konnten, ist folgendes: Sie erstreckten sich auf 2017 Betriebe mit 5388 Beschäftigten in 37 Orten. Davon waren direkt beteiligt 3368, von welchen 3142 organisiert waren. Erfolg hatten 4983 Beteiligte, für welche insgesamt eine Arbeitszeitverkürzung von 4108 Stunden und ein Mehrverdienst von 10 864 Mk. pro Woche erzielt wurde. Arbeitsverträge kamen insgesamt 23 zustande. Die Gesamtunkosten für sämtliche Lohnbewegungen beliefen sich auf 112 265 Mk., davon trug die Hauptkasse 94 974 Mk., die Lokalkasse 17 291 Mk. Die Abrechnung des gleichen Verbands für das dritte Quartal ergibt einen Mitgliederbestand von 8638 und einen Vermögensbestand von 113 087 Mk.

Der dänische Tabakarbeiterverband, der vor 20 Jahren gegründet wurde und jetzt in 26 Ortsabteilungen 3700 Mitglieder zählt, hielt in der vorigen Woche seinen neunten Verbandskongreß ab. Im vorigen Jahre wurde sowohl in Kopenhagen wie in den Provinzorten ein neuer Lohntarif durchgeführt. Nur in einer Stadt, in Viborg, kam es dabei zum Streik, der langwierig wurde, weil Unteroffiziere mit ihren Familienangehörigen als Streikbrecher auftraten. Die Verbandsleitung forderte den Kriegsminister auf, dagegen einzuschreiten. Er versprach das auch, aber unter der Bedingung, daß der Streik erst beendet werde. „Ich habe nichts dagegen, daß meine Unteroffiziere Geld verdienen, wenn sie es nur in einer ordentlichen Art und Weise tun", sagte der Minister im übrigen. — Der Kongreß faßte Beschlüsse, die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Regelung des Lehrlingswesens und Abschaffung der Heimarbeit zum Ziele haben. Ferner wurde die Arbeitslosenkasse dem im Frühling dieses Jahres angenommenen Gesetz Staatsunterstützung zur Arbeitslosenversicherung angepaßt, wonach der dänische Staat ein Drittel dieser Ausgaben trägt, und außerdem die Kommunen noch ein Sechstel zuschießen können, so daß in solchem Falle die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird. Von den dänischen Gewerkschaften hat u. a. auch der Buchbinderverband kürzlich seine Arbeitslosenkasse diesem Gesetz entsprechend gestaltet.